



**Protokoll der 39. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 22. April 2015, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber

Namensaufruf: 32 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderäte Alex Blumer, Marcel Epper, Michael Hefti, Ralph Hobor, Jörg Schläpfer, Jürg Senn, Christoph Tschanen, Robert Zahnd

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

Traktanden

- 202 Mitteilungen
- 203 Protokoll der Sitzung vom 18. März 2015
- 204 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015 (Nachfolge von Samuel Heinz, Fraktion CH/Grüne/GLP)
- 205 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015 (Nachfolge von Philipp Bont, Fraktion CVP/EVP)
- 206 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015 (Nachfolge von Jacqueline Brunner, Fraktion FDP/SVP/EDU)
- 207 Botschaft Volksinitiative " 10 m² Solarfläche pro Einwohner " Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 208 Bericht über die Realisierung der Richtplanung per Ende 2014 Kenntnisnahme

209 Interpellation betreffend "Recycling" von Gemeinderat Pascal Frey
ev. Diskussion

- - -

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Sehr geehrter Herr Stadtammann, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Mein heutiger Leitspruch ist von einem unbekanntem Verfasser: „Das Leben besteht nicht darin, gute Karten zu kriegen, sondern mit den Karten gut zu spielen.“

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 32 Ratsmitglieder anwesend sind. Somit ist der Rat gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Seitens des Rats liegen keine Einwände zur Traktandenliste vor. Somit gilt die heutige Tagesordnung als stillschweigend genehmigt.

202

MITTEILUNGEN

1. An der Gemeinderatssitzung vom 18. Februar 2015 hat der Gemeinderat die Motion betreffend Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte als erheblich erklärt. Im Nachgang haben die beiden Motionäre Gemeinderat Stefan Geiges und Gemeinderat Peter Hausmann mich auf die Geschäftsordnung des Gemeinderats Art. 43 Abs. 4 aufmerksam gemacht. „Wird die Motion erheblich erklärt, entscheidet der Rat, ob das Geschäft zur Antragstellung einer Kommission oder dem Stadtrat überwiesen wird. Ist der Stadtrat einverstanden, kann es auch gleich beraten werden.“ Sie haben mich gebeten, dieses Geschäft in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung von heute aufzunehmen. Ich habe dieses Geschäft in die Tagesordnung aufgenommen und diese dem Stadtrat übergeben. Nach der Stadtratssitzung hat mich der Stadtrat wie folgt informiert: Der Stadtrat ist beim vorliegenden Geschäft davon ausgegangen, dass ohne gegenteiligen Antrag an der Sitzung vom 18. Februar 2015 er für die Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage zuständig ist. Formal ist diese Zuweisung tatsächlich nicht erfolgt. Der Stadtrat wird deshalb dem Gemeinderat im April eine kurze Botschaft zukommen lassen, damit dieser gemäss Art. 43. Abs. 4 des Geschäftsreglements des Gemeinderats entscheiden kann. Der Stadtrat hat mich deshalb gebeten, gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 1, „Das Präsidium des Gemeinderats legt im Einvernehmen mit dem Stadtrat die Tagesordnung für die Sitzung fest.“, dieses Traktandum zu streichen. Somit war Einvernehmen nicht gegeben und das Traktandum wurde von der Tagesordnung gestrichen. Für die Umtriebe möchte ich mich entschuldigen. Die Botschaft

Nr. 43 des Stadtrats wurde Ihnen in der Zwischenzeit zugestellt und die Traktandierung erfolgt auf die Gemeinderatssitzung vom Mittwoch, 20. Mai 2015.

2. Der Stadtrat hat die einfache Anfrage betreffend Landverkäufe der Stadt aus dem Landkreditkonto von Gemeinderat Peter Hausammann vom 14. Januar 2014 am 14. April 2015 beantwortet.

203

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM MITTWOCH, 18. FEBRUAR 2015

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Das Protokoll Nr. 38 wurde am 23. März 2015 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist eine Korrektur beim Ratsbüro eingegangen. Gemeinderat Fredi Marty wünscht folgende Korrekturen:

1. Gemeinderat Fredi Marty (Mprof): Die parteiliche bzw. politische Zuordnung ist bei allen übrigen Votanten erwähnt. Danke für die Ergänzung.
2. Am Ende des Absatzes das Wort Referendumskomitee korrigieren (mit einem m).

Diese Korrekturen werden entsprechend vorgenommen. Da das Wort zum Sitzungsprotokoll vom 18. Februar 2015 weiter nicht gewünscht wird, gilt das korrigierte Ratsprotokoll als stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei der Ratssekretärin und allen weiteren Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

204

ERSATZ EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE 2011/2015

Der Gemeinderatspräsident: Es geht um die Nachfolge von Samuel Heinz, der per 5. Dezember 2014 nach Steckborn gezogen ist und dies am 12. Februar 2015 der Stadtkanzlei gemeldet hat. Das Vorschlagsrecht steht der Fraktion CH/Grüne/GLP zu.

Gemeinderat Heinrich Christ, Präsident der Fraktion CH/Grüne/GLP: Unsere Fraktion schlägt Ihnen Herrn Joschka Hausammann, Jahrgang 1993, Studiosus, wohnhaft am Roggenweg 9 in Frauenfeld, zur Wahl vor.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Gemeinderat Peter Hausammann wird für dieses Geschäft in den Ausstand treten, da sein Sohn Kandidat ist. Das absolute Mehr beträgt 16. Gemäss Art. 56 Abs. 3 kann die Wahl vorliegend offen durchgeführt werden, was ich Ihnen hiermit vorschlage.

Abstimmung:

Joschka Hausammann wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Ich gratuliere Joschka Hausammann ganz herzlich zu dieser Wahl. Gemeinderat Peter Hausammann ist aus dem Ausstand zurück. Das absolute Mehr beträgt 17.

205

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE 2011/2015

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Es geht um die Nachfolge von Philipp Bont, der per 13. März 2015 nach Brig gezogen ist. Das Vorschlagsrecht steht der Fraktion CVP/EVP zu.

Gemeinderat Christoph Regli, stellvertretend für den Präsidenten der Fraktion CVP/EVP: Der Präsident unserer Fraktion befindet sich an einer anderen Veranstaltung und der Vizepräsident ist krank, wie ihr gehört habt. Deshalb schlage ich Ihnen gern Sarah Bünter vor. Sie ist von Beruf Studentin an der HSG. Sie ist am 25. März 1993 geboren. Sie wohnt im Weberlisrebbberg in Gerlikon und freut sich, dieses Amt anzunehmen.

Abstimmung: Sarah Bünter wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Ich gratuliere Sarah Bünter ganz herzlich zu dieser Wahl.

206

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE 2011/2015

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Es geht um die Nachfolge von Jacqueline Brunner, die per 31. März 2015 aufgrund ihres bevorstehenden Wohnsitzwechsels aus dem Wahlbüro zurücktritt. Das Vorschlagsrecht steht der Fraktion FDP/SVP/EDU zu.

Gemeinderat Stefan Zahn, stellvertretend für den Präsidenten der Fraktion FDP/SVP/EDU: Die Fraktion FDP/SVP/EDU schlägt Ihnen zur Wahl Frau Balbina Andrina Hunziker, wohnhaft an der Bannhaldenstrasse 55, Geburtsdatum 15. Februar 1996, vor.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Vorgeschlagen ist Balbina Andrina Hunziker, Bannhaldenstrasse 55, 8500 Frauenfeld, geboren am 15. Februar 1996 mit Heimatort Oberkulm im Aargau. Gibt es dazu Fragen, Einwände oder Gegenvorschläge? Diese Wahl können wir ebenfalls offen durchführen.

Abstimmung:

Balbina Andrina Hunziker wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Ich gratuliere Frau Hunziker ganz herzlich zu dieser Wahl.

207

BOTSCHAFT KOMMUNALE VOLKSINITIATIVE 10 M2 SOLARFLÄCHE PRO EINWOHNER

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Es steht uns die Botschaft des Stadtrats Nr. 39 vom 17. Februar 2015 mit den Anträgen auf Seite 15 zur Verfügung. Zusätzlich steht uns das Protokoll der 23. Sitzung der GPK Bau, Werke, Anlagen vom 23. März 2015 zur Verfügung. Nach der Eintretensdebatte folgt die Behandlung des angekündigten Gegenvorschlags von Gemeinderat Pascal Frey, da, wenn dieser Gegenvorschlag angenommen wird, das Initiativkomitee die Initiative eventuell zurückziehen wird. Falls der Gegenvorschlag abgelehnt wird, folgt die materielle Beratung, in der anfangs auch noch allgemeine Bemerkungen, Wünsche und Anträge angebracht werden können. Danach erfolgt die Diskussion über die Abstimmungsbotschaft. Allfällige Anträge sind mir schriftlich abzugeben. Nach diesem Vorgehen werden dann die Abstimmungen über die Anträge erfolgen.

Eintreten

Gemeinderat Philipp Geuggis, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Die GPK Bau, Werke, Anlagen ist einstimmig der Ansicht, dass die Initiative gültig ist, und ist daher auch einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Thomas Gemperle, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU: Das Initiativkomitee hat erfolgreich eine Initiative eingereicht. Das ist eine Leistung, die Respekt verdient. Besonders mit der Gesamtbetrachtung der Energiepolitik in diesem Land, was auf nationaler Ebene mit der Energiewende geschieht, was die Fördermassnahmen auf kantonaler Ebene anbelangt. In Anbetracht dieser Entwicklungen ist es doch mutig, jetzt noch eine extreme Vorlage auf kommunaler Ebene zu bringen. Das zeugt davon, dass eine tiefe Überzeugung da sein muss und das spreche ich den Initianten auch zu. Ich gehe nicht davon aus, dass taktische Motive dahinterstehen, wie das in unserer Fraktion auch diskutiert wurde. Denn wir würden dabei nicht mitmachen, wenn einfach eine extreme Initiative lanciert wird und dann darauf gehofft wird, dass mit einem Gegenvorschlag noch irgendetwas herauschaut. Sondern wir wollen den Inhalt dieser Initiative beurteilen und werden diesen ablehnen.

Heute Abend stellt sich die Frage, ob wir eine einseitige Förderung der Photovoltaikbranche wollen, ob wir alles auf die Karte Solar setzen wollen oder ob es noch andere Varianten gibt. Wir

sind der Meinung, dass man dieses Volksbegehren jetzt vor das Volk bringen muss und dem Volk mit einer Nein-Empfehlung zur Abstimmung bringen muss. Die Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Pascal Frey, Referent der Fraktion SP/GWB/Juso: Unsere Fraktion ist klar für Eintreten und ich werde, wie vom Präsidenten angekündigt, einen Gegenvorschlag bringen.

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Unsere Fraktion hat die zweite Auflage der Solarinitiative vom Zeitpunkt der Lancierung an verschiedentlich auch sehr kontrovers diskutiert. Anfänglich herrschte ziemlich grosse Skepsis und sogar Ablehnung, aber im Lauf der Diskussionen wich diese der Überzeugung, dass die Initiative auch als Klon derjenigen von 2010 nicht nur berechtigt, sondern notwendig ist. Seit 2010 haben sich gewichtige Bedingungen verändert. Nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima wurde die Energiewende gefordert. Bundesrat und Parlament beschlossen den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie, ebenso die Förderung alternativer erneuerbarer Energieformen. Auch der Energierichtplan der Agglomeration Frauenfeld, welcher in den Jahren 2012 und 2013 erarbeitet, im Oktober 2013 von den Exekutiven der Gemeinden Gachnang, Frauenfeld und Felben-Wellhausen beschlossen und im Februar 2014 vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen wurde, steht ganz im Zeichen der Energiewende und der Förderung erneuerbarer Energien. Die energiepolitische Vision, welche der Richtplan anstrebt, ist die 2000-Watt-Gesellschaft. Auf dem Weg zur Erreichung der Vision werden im Richtplan konkret quantifizierte Umsetzungsziele festgelegt. So sollen bis ins Jahr 2025 50 Prozent des Wärmebedarfs der Gemeinden mit erneuerbaren Energien gedeckt werden und 20 GWh lokaler erneuerbarer Strom zugebaut werden. Dies entspricht 10 Prozent des Stromverbrauchs, die aus lokalen Energien gedeckt werden. Das steht im Energierichtplan auf Seite 4 – 5. Was die Nutzung von erneuerbarer Wärme und Abwärme anbelangt, ist Frauenfeld bereits recht aktiv, zum Beispiel mit der Gründung der Wärme Frauenfeld AG oder der Nutzung der Abwärme der Kunsteisbahn. Nicht so bei der Sonnenenergie. Sie wird in der Reihe der Nutzungsprioritäten weit zurückgestuft. Die vorliegende Solarinitiative soll nun die Stadt an ihre eigenen Ziele erinnern und ihr bei der Nutzung der Sonnenenergie auf die Sprünge helfen. Sie ist nicht einfach Zwängerei, sondern durch den Energierichtplan legitimiert. Der Gegenvorschlag, welcher in die Diskussion eingebracht wird, fordert zudem das Ziel, welches im Richtplan auf Seite 5 formuliert wird, nämlich 10 Prozent des Stromverbrauchs aus lokalen Energien bereitzustellen. Dieses Ziel wird vom Gegenvorschlag erfüllt. Die Solarinitiative und auch der Gegenvorschlag erhalten ihre Legitimation also aus dem Energierichtplan auf der lokalen Ebene und national von der Energiewende und der Energiestrategie des Bundes. Diese Initiative und den Gegenvorschlag kategorisch abzulehnen, würde heissen, die eigenen, im Energierichtplan festgehaltenen Ziele zu desavouieren und so unglaubwürdig zu werden. Aus diesen Gründen ist die Fraktion CH/Grüne/GLP für Eintreten auf die Vorlage.

Gemeinderat Michael Hodel, Referent der Fraktion CVP/EVP: Unsere Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Christoph Regli: Ich spreche im Namen des leider erkrankten Michael Hefti und verlese sein Votum. Das Anliegen, die Solarenergie zu fördern und so den Weg in Richtung erneuerbare Energien zu gehen, ist mir ein wichtiges Anliegen. Ich spielte mit dem Gedanken, dem Gemeinderat einen Gegenvorschlag zur Solarinitiative vorzulegen. Ziel war, den Text der Initiative, welche ich zu starr und übertrieben finde, zugunsten einer tragfähigen Lösung anzupassen. Diese wurde nicht gefunden. Aus diesem Grund werde ich der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüberstellen. Trotzdem möchte ich aber einen Schritt in diese Richtung machen. Mit einer Interpellation, in welcher es um die Umwandlung von Solarenergie in Wasserstoff und

Methan geht, möchte ich dem Ziel, die Solarenergie zu fördern, einen Schritt näherkommen. Ich hoffe, dass Sie die Interpellation von Stefan Geiges und mir unterstützen werden.

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent des Initiativkomitees: Im Sinn der Transparenz möchte ich erwähnen, dass ich zwar Vorstandsmitglied der Solargenossenschaft Frauenfeld bin, jedoch keinerlei berufliche Interessen mit meinem Engagement für die Initiative verbunden sind. Das Initiativkomitee anerkennt die Anstrengungen und Bemühungen der Stadt Kreuzlingen zugunsten einer nachhaltigen Energieversorgung. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass der Stadtrat in Sachen Solarenergie derzeit keinen speziellen Handlungsbedarf sieht. In seiner Botschaft hat er die Initiative zur Ablehnung empfohlen und darauf verzichtet, einen Gegenvorschlag zu erarbeiten. Das Initiativkomitee hätte einen solchen sehr begrüsst. Es wäre ein Leichtes gewesen, auf Basis des bestehenden regionalen Energierichtplans ein verbindliches Ziel zu definieren und dieses Ziel im Sinne einer Absichtserklärung als Gegenvorschlag der Initiative gegenüberzustellen. Dies macht nun nicht der Stadtrat, sondern ein Mitglied des Gemeinderats, wofür ich sehr dankbar bin. Zusammen mit 746 Frauenfelder Stimmberechtigten haben wir unsere Initiative am 9. Juli 2014 eingereicht. Von vielen Seiten haben wir Kritik und Unverständnis erfahren. Zu vier Punkten möchte ich deshalb heute Stellung nehmen.

1. Ja, es stimmt, dass letztmals im Jahr 2010 ein Volksbegehren für 2 Quadratmeter Solarfläche pro Einwohner an der Urne gescheitert ist. Es stimmt aber auch, dass sich im März 2011 im japanischen AKW Fukushima ein schwerer Störfall ereignet hat, welcher die gigantischen Risiken der Stromproduktion aus Atomkraft dramatisch vor Augen geführt und unsere Bevölkerung inklusive Bundesrat zum Umdenken gebracht hat. Es stimmt auch, dass sich ein solches Unglück jederzeit in Europa – auch in der Schweiz – ereignen könnte. Ebenso stimmt, dass die Kosten von Solarenergie seit 2010 rapid gesunken sind und diese heute die günstigste Form aller erneuerbaren Energien darstellt.
2. Ja, es stimmt, dass die Stadt im Jahr 2010 als Gegenvorschlag zur damaligen Initiative die Schaffung eines Energiefonds vorgeschlagen hat, welcher vom Volk knapp angenommen wurde und nun jährlich mit 1 Mio. Franken geäufnet wird. Es stimmt aber auch, dass diese Gelder mangels brauchbarer oder baureifer Projekte nicht vollständig ausgeschöpft werden. Nur ein knapper Viertel der Fördergelder wurde 2014 aufgebraucht, der Rest verbleibt im Kässeli.
3. Ja, es stimmt, dass es auch noch andere erneuerbare Energien zur Produktion von Strom gibt. Allerdings habe ich grosse Zweifel daran, dass ein geothermisches Kraftwerk auf der Allmend oder eine Windturbine auf dem Stählibuck im Jahr 2025 einen substanziellen Beitrag zur lokalen Stromproduktion leisten wird. Da bleiben zurzeit ausser Solarenergie nicht mehr viele Optionen.
4. Ja, es stimmt, dass in Frauenfeld zurzeit bereits rund 1 Quadratmeter Solarfläche pro Person in Betrieb ist. Es stimmt aber auch, dass aktuell in Amriswil 2,5 Quadratmeter, in Tägerwilen 3,5 Quadratmeter, in Hüttwilen 4,4 Quadratmeter und in Hohentannen sogar 11,6 Quadratmeter Solarfläche pro Einwohner in Betrieb sind. Nach meinem Wissensstand hat dies in keiner dieser Gemeinden bisher zu finanziellen oder technischen Problemen geführt. Der Umstieg auf erneuerbare Energie ist demnach nicht eine Frage des Könnens, sondern vor allem des Wollens.

Der Energierichtplan sollte ein Meilenstein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Frauenfelder Energieversorgung sein und nicht ein Papiertiger, welcher für die nächsten zehn Jahre in einer Schublade verschwindet. Durch diesen Richtplan mit seinen umfangreichen Potenzialanalysen und den klar definierten Zwischenzielen sieht sich unser Initiativkomitee mit seinem Vorstoss klar legitimiert. Im Wissen, dass die Vorgabe aus der Initiative von 10 Quadratmetern Solarfläche per

2025 vielleicht etwas ehrgeizig ist und den Behörden wenig Spielraum lässt, empfehlen wir Ihnen jedoch die Annahme des moderateren Gegenvorschlags von Gemeinderat Pascal Frey.

Zum Schluss noch dies: Die Stadt Amriswil hat die viertgrösste PV-Anlage des Kantons Thurgau mit ihren Pensionskassengeldern finanziert. Amriswil hat eine clevere Investition in eine saubere Zukunft getätigt, erhält eine garantierte Rendite auf ihrem Kapital dank KEV-Geldern und nicht Minuszinsen wie bei anderen Geldanlagen. Darüber hinaus schafft und erhält sie auf diese Weise Arbeitsplätze in der Region. Vielleicht lohnt es sich, über solche Dinge auch einmal nachzudenken. Wie schon gesagt, unser Komitee ist bereit, bei Annahme des Gegenvorschlags die Initiative zurückzuziehen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist.

Materielle Beratung

Gemeinderat Pascal Frey: Ich stelle folgenden Gegenvorschlag der Initiative gegenüber:

1. Die Stadt Frauenfeld strebt an, auf ihrem Gebiet bis zum 31. Dezember 2025 pro Einwohner 7 Quadratmeter Solarfläche (6 Quadratmeter Photovoltaik, 1 Quadratmeter Sonnenkollektoren) zu betreiben.
2. Im Sinn eines Zwischenziels wird bis zum 31. Dezember 2020 pro Einwohner eine Solarfläche von mindestens 3,5 Quadratmeter angestrebt.
3. Zum Begriff Solarfläche zählen sowohl Sonnenkollektoren zur Wärmeerzeugung (Warmwasser und Heizungsunterstützung) als auch Photovoltaikanlagen zur Solarstromgewinnung.
4. Um dieses angestrebte Ziel zu erreichen, ist die Gemeinde auf verschiedenen Ebenen tätig.
 - a) Die Gemeinde fördert entsprechende Vorhaben von Privaten, Gewerbe und öffentlichen Institutionen aktiv durch Beratung, Reduktion von Gebühren, finanzieller Unterstützung aus dem Energiefonds oder einer erhöhten Vergütung des ins Netz gespiesenen Solarstroms.
 - b) Daneben erstellt die Gemeinde eigene Photovoltaikanlagen und nutzt so weit möglich solare Wärmeerzeugung in gemeindeeigenen Liegenschaften.
5. Der Gemeinderat wird jährlich in schriftlicher Form über den aktuellen Zwischenstand orientiert.

Zu sakrosankt, zu fixiert, Zwängerei. Das waren Argumente, die in der Diskussion um die Solarinitiative oft fielen. Deshalb war für mich klar, dass es einen Gegenvorschlag braucht, wenn wir das Volk überzeugen wollen. Dieser wurde von anderer Seite angekündigt und kommt jetzt von mir. Ich persönlich finde, es ist egal, von wem dieser Gegenvorschlag kommt. Wichtig ist, dass wir die Diskussion darüber führen können. Und diese ist unter anderem deshalb wichtig, weil das im Gegenvorschlag formulierte Ziel von 7 Quadratmetern Solarfläche pro Einwohner der Vorgabe im Richtplan entspricht, dass bis 2025 10 Prozent des Stromverbrauchs aus lokalen Energien stammen soll. Die Wasserkraft ist lokal nahezu ausgeschöpft, Tiefengeothermie nicht in Aussicht und Windräder sind kurzfristig noch zu wenig akzeptiert. Solarenergie ist also, wie dies der Stadtrat auch schreibt, die Ressource mit dem grössten Ausbaupotenzial. Die Zielerreichung wird mit dem Gegenvorschlag nicht mehr in Stein gemeisselt. Mit der Formulierung „strebt an“ sind begründete Abweichungen wie zum Beispiel eine extrem hohe finanzielle Belastung mög-

lich. Der Vorwurf, dass es ein Fass ohne Boden sei, ist also nicht mehr gültig. Der Gegenvorschlag gibt uns durch die jährliche Orientierung aber die Möglichkeit, unsere Kontroll- und allenfalls Korrekturaufgabe gegenüber dem Stadtrat wahrzunehmen. Ich hoffe, dass wir mit dem Gegenvorschlag einen gutschweizerischen Kompromiss gefunden haben und Sie diesem zustimmen können.

Gemeinderat Philipp Geuggis, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Eine kleine Vorbemerkung: An der GPK-Sitzung hatten wir keine Kenntnis von diesem Gegenvorschlag. Das heisst, die GPK befasste sich mit der Initiative, dementsprechend mein Votum zur Initiative. Die GPK Bau, Werke, Anlagen befasste sich intensiv mit der Volksinitiative „10 m² Solarfläche pro Einwohner“. Neben den Ausführungen von Stadtrat Ruedi Huber und Daniel Moos, Energieberater der Region Frauenfeld, wurden durch das GPK- und Initiativkomiteemitglied Jürg Joss auch die Argumente des Initiativkomitees in die Diskussion eingebracht. Die Gültigkeit der Initiative wurde in der GPK nicht infrage gestellt. Deshalb wurde die Initiative in der GPK einstimmig für gültig erklärt.

Aktuell ist auf dem Gebiet der Stadt Frauenfeld etwa 1 Quadratmeter Solarfläche pro Einwohner installiert. Mit den geforderten 10 Quadratmetern pro Einwohner könnten insgesamt etwa 15 Prozent des städtischen Strombedarfs abgedeckt werden. Allerdings ist dabei zu beachten, dass der Solarstromanteil zwischen 0 und 100 Prozent schwanken kann – je nach Sonneneinstrahlung. Die Stadt Frauenfeld selber hat nicht genügend Flächen auf eigenen Liegenschaften zur Verfügung, die es ermöglichen würden, die geforderte Solarfläche darauf zu installieren. Weil die Stadt aber auch keine rechtliche Grundlage hat, die Bevölkerung zum Bau von Solaranlagen zu verpflichten, könnte sich eine heikle finanzielle Situation ergeben, wenn die Stadt die geeigneten Flächen mieten oder kaufen müsste. Ein gewisser Anteil an Solarstrom ist für ein Stromnetz gut. Bei 25 Prozent Solarstrom ist der Netzverlust am geringsten. Es wurde zudem auf eine Studie des Thurgauer Regierungsrats hingewiesen, die feststellte, dass für die Umsetzung der verschiedenen Solarinitiativen im Kanton Thurgau kein Netzausbau nötig wäre. Ob diese Aussage aber auch korrekt ist, wenn grössere Solaranlagen an peripheren Standorten errichtet würden, ist fraglich, weil in einem solchen Fall ein notwendiger Netzausbau wahrscheinlich wäre. Grundsätzlich wurde festgehalten, dass der Netzausbau komplexer und auch der Stromeinkauf anspruchsvoller würden. Zwar ist im regionalen Energierichtplan festgehalten, dass der Ausbau der lokalen umweltschonenden Stromproduktion vorangetrieben werden soll. Allerdings stellt der Richtplan trotz Behördenverbindlichkeit keine Rechtsgrundlage dar. Zudem wird das Ziel im Richtplan mit der Einschränkung „unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ genannt. Zwei GPK-Mitglieder waren der Ansicht, die Botschaft des Stadtrats sei zu mutlos und zeige zu wenig die Chancen der Initiative auf. Die Mehrheit der GPK erachtete es aber als sinnvoll und auch als Pflicht des Stadtrats, hauptsächlich die finanziellen, technischen und rechtlichen Risiken, welche die Umsetzung dieser Initiative mit sich bringen würde, aufzuzeigen. Auf der Grundlage der vorgängig erwähnten Studie des Thurgauer Regierungsrats zum notwendigen Ausbau der Stromnetze bei Annahme der Initiative wurde in der GPK der Antrag gestellt, die letzten zwei Sätze im letzten Abschnitt auf Seite 8 der Abstimmungsbotschaft ersatzlos zu streichen. Diese lauten: „Ohne Zusatzinvestitionen im Netzbereich müsste mit einer Zunahme der Störanfälligkeit von Geräten und Betriebsmitteln gerechnet werden. Die Abschätzung der zusätzlich notwendigen Investitionen im Bereich des Stromnetzes ist jedoch schwierig.“ Dieser Antrag wurde in der GPK klar mit 4 Nein- zu 2 Ja-Stimmen abgelehnt. Allen Anträgen in der stadträtlichen Botschaft stimmte die GPK Bau, Werke, Anlagen einstimmig oder mit deutlicher Mehrheit zu. Die GPK steht damit mehrheitlich hinter dem stadträtlichen Antrag, die Solarinitiative abzulehnen.

Gemeinderat Michael Hodel, Referent der Fraktion CVP/EVP: Wir haben die vorliegende Initiative und insbesondere auch die Abstimmungsbotschaft sowie die Argumente des Initiativkomitees in unserer Fraktion gründlich diskutiert. Die Themenkreise Energie, Energiewende, ökologische Energiegewinnung usw. sind allen Vertretern unserer Fraktion ein wichtiges Anliegen. Wir räumen diesen Fragen eine zentrale Bedeutung für die Gegenwart und noch verstärkt für die Zukunft ein. Wir sind bereit zu investieren, damit auch zukünftige Generationen in Frauenfeld gut leben können. Trotzdem teilen wir die Meinung des Stadtrats und sind einstimmig der Meinung, dass die vorliegende Initiative nicht unterstützungswürdig ist.

Vor viereinhalb Jahren hat das Frauenfelder Stimmvolk der Solarinitiative, die 2 Quadratmeter Solarfläche bis ins Jahr 2020 forderte, eine klare Abfuhr erteilt. Gut 1500 Befürworterinnen und Befürworter standen damals 3200 Gegnerinnen und Gegnern gegenüber. Von drei Stimmbürgern sagten zwei nein zu 2 Quadratmetern Solarfläche. Wir wissen, dass damals Stadt- und Gemeinderat einen Gegenvorschlag zur Abstimmung brachten, der den heute existierenden Energiefonds ins Leben rief. Ich rufe in Erinnerung, dass dieser Gegenvorschlag 2010 mit 2317 Ja gegenüber 2309 Nein denkbar knapp angenommen wurde. Hätten nur fünf Personen anstelle eines Ja ein Nein in die Urne geworfen, wäre die Vorlage gekippt. Die CVP/EVP-Fraktion hat den Fonds damals begrüsst und ist nach wie vor froh, dass es dieses Instrumentarium zur Förderung von Energieeinsparungen und alternativer Energiegewinnung gibt. 2010 war die Forderung 2 Quadratmeter Solarfläche, dies bis ins Jahr 2020. Heute debattieren wir über die Initiative, die bereits bis ins Jahr 2018 2 Quadratmeter Solarfläche fordert, bis 2021 6 Quadratmeter, bis 2025 10 Quadratmeter. Das Stimmvolk soll also viereinhalb Jahre, nachdem es deutlich und klar nein zu 2 Quadratmetern Solarfläche gesagt hat, plötzlich zu 10 Quadratmetern ja sagen? Aus unserer Sicht wird damit der Volkswille von 2010 etwas arg infrage gestellt. In Bezug auf Preis und Technologie haben sich die Rahmenbedingungen für Solaranlagen zwar seit 2010 nochmals deutlich verbessert, aber die 10-Quadratmeter-Forderung ist aus unserer Sicht utopisch, kaum umsetzbar und erst recht nicht mehrheitsfähig. Grossmehrheitlich ist unsere Fraktion sich auch darin einig, dass die Initiative – wie bereits diejenige von 2010 – viel zu einseitig auf die Förderung von Solarenergie abzielt. Würde uns die Sonne Sommer und Winter 24 Stunden konstant mit UV-Strahlung versorgen, müssten wir heute nicht diskutieren. Wir alle wissen aber, dass an einem sonnigen Sommersonntag das Maximum an Solarstrom produziert, aber fast kein Strom verbraucht wird. Umgekehrt ist es im November, wenn während drei Wochen der Hochnebel den Himmel abschirmt. Fast alle trocknen dann ihre Wäsche mit Stromunterstützung, die Zuckerfabrik produziert mit Volleleistung Zucker, dann liefern die Solaranlagen fast keinen Strom. Einseitig geförderte Solarenergie ohne ausgebaute lokale Speichermöglichkeiten, in welcher Form auch immer, ist aus unserer Sicht deshalb nicht unterstützungswürdig. Europaweit wird gemahnt, dass grosse Schwankungen und extreme Stromspitzen, verursacht durch Solar- und Windenergie, zu einem mehrtägigen bis sogar mehrwöchigen dauernden Blackout führen könnten, da das Stromnetz nicht für solche Spitzen ausgelegt ist.

Wir wünschen uns etwas mehr Mut und Innovationskraft, um beispielsweise die Tiefengeothermie nutzbar zu machen. Letzten Samstag war in der Thurgauer Zeitung zu lesen, dass im Thurgau in dieser Richtung weitere Abklärungen am Laufen sind. Ein Mitglied unserer Fraktion verpasste unsere letzte Fraktionssitzung wegen des Besuchs eines Geothermiekraftwerks in Deutschland. Die Geothermie, die in Frauenfeld durchaus Potenzial eingeräumt werden kann, hat den grossen Vorteil, dass die Energiegewinnung konstant möglich ist und dass eine Anlage zur Stromproduktion nebenbei nutzbare Abwärme erzeugt. Weitere Schritte in diese Richtung werden von unserer Fraktion begrüsst. Wir sind uns bewusst, dass dies auch mit Risiken verbunden ist.

Als zweiter Bereich neben der Geothermie ist uns die Energiespeicherung ein wichtiges Anliegen. Hier sind Innovation und Lösungen gefordert, noch bevor die Solarenergie übermässig ausgebaut wird. Diesbezüglich wird ja von Mitgliedern unserer Fraktion heute eine Interpellation eingereicht.

Nun aber zurück zur vorliegenden Botschaft. Wir danken dem Stadtrat für die Erarbeitung. Wir stimmen den Argumenten des Stadtrats zu. Wir sind grossmehrheitlich der Meinung, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Form eines Gegenvorschlags auf die Initiative reagiert werden sollte. Die vorliegende Botschaft wird von unserer Fraktion einstimmig gutgeheissen.

Noch kurz zum Gegenvorschlag: Wir sehen auch 7 Quadratmeter Solarfläche als übertrieben in Bezug auf die Realisierbarkeit. Wie soll die Stadt Private dazu bringen, die heutige Fläche mehr als zu versiebenfachen? Das führt unweigerlich dazu, dass die Stadt selber übermässig viele Flächen schaffen müsste. Aus diesem und anderen Gründen ist unsere Fraktion grossmehrheitlich auch gegen den Gegenvorschlag.

Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der Fraktion SP/GWB/Juso: Unsere Fraktion ist auch mehrheitlich gegen die Initiative, weil sie nicht die richtige Form ist, die Ziele aus dem Richtplan Energie umzusetzen. Genau hier setzt aber der Gegenvorschlag an. Er kommt ohne Muss-Formulierungen aus und verfolgt eins zu eins die Ziele aus dem Richtplan Energie. Einerseits zählen wir darauf, dass der Stadtrat sich die im Richtplan formulierten Ziele zu Herzen nimmt, andererseits stellt sich die Frage, ob es nicht klug wäre, mittels vorliegendem Gegenvorschlag hier und heute zu versuchen, gewisse Verbindlichkeiten zu schaffen. Die Stadt hat die Aufgabe, verantwortungsvoll mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. Sie muss gerade in diesen Bereichen mit gutem Beispiel und glaubwürdigen Projekten vorangehen.

Gemeinderat Thomas Gemperle, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU: Bekanntlich wurde die erste Solarinitiative 2010 abgelehnt und ein Gegenvorschlag mit dem Energiefonds äusserst knapp angenommen. Kollege Frey, das ist der Kompromiss, der vom Volk angenommen wurde. Das ist der Kompromiss, der getragen wird vom Volk und Gemeinderat und das ist der Kompromiss, hinter dem auch unsere Fraktion nach wie vor steht. Mit diesem Kompromiss sind wir extrem weit den grünen Anliegen entgegengekommen. Der Fonds wird mit 1 Mio. Franken pro Jahr geäufnet, das ist, wenn man das Gesamtbudget betrachtet, enorm viel Geld und ein enorm starkes Zeichen für die erneuerbaren Energien. Jetzt kommt mit einer noch extremeren zweiten Solarinitiative die Frage auf, ob man die Solarenergie noch stärker fördern soll. Ja, die Welt hat sich verändert, aber nicht alles. Unter anderem die Montagekosten dieser Panels sind gleich geblieben, nur die Panels selber haben sich in den Kosten merklich reduziert. Etwas anderes hat sich auch noch verändert: Es hat seither eine extrem starke Subventionierung auf kantonaler und nationaler Ebene eingesetzt. Wir sehen aus diesen Gründen keinen Handlungsbedarf, jetzt auf kommunaler Ebene neben dieser massiven Subventionierung noch zusätzlich ein Engagement zu beschliessen. Ende letztes Jahr hat der WWF ein Ranking veröffentlicht und dabei die Energiepolitik der Kantone verglichen. Der Titel dieser Mitteilung lautete „Energiewende: Thurgau top, Appenzell Innerrhoden flopp“. Darin wurde – ich zitiere – gesagt: „Thurgau und Schaffhausen stellen am meisten Mittel für die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien bereit.“ Der Energieexperte des WWF lässt sich zitieren: „Diese Kantone zeigen, dass es geht und wie es geht“.

Wir haben nicht verpennt. Gerade auch der Kanton Thurgau hat enorme Anstrengungen in dieser Hinsicht unternommen, und es gibt keinen Handlungsbedarf, jetzt noch zusätzlich etwas zu unternehmen. Die vorliegende Initiative und den Gegenvorschlag lehnen wir vor allem aus drei Gründen ab.

1. Nein zu zusätzlichen Ausgaben. Immer wieder wurde der Energierichtplan zitiert. Ich darf Sie erinnern, dass im Energierichtplan auch geschrieben steht, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden müssen. Das steht auch ganz kurz in der Botschaft des Stadtrats. Gerade jetzt mit dieser massiven Subventionierung auf nationaler Ebene wird langsam klar, was für negative Auswirkungen diese Energiewende in diesem Ausmass haben kann. Ich spreche vor allem die Energiekosten für die Unternehmen an, ich spreche von den staatlichen Belastungen der Institutionen und ich spreche auch von den Belastungen der Arbeitsplätze oder der Arbeitsplatzsicherheit, was enorm wichtig ist, da diese durch zusätzliche Belastungen der Wirtschaft gefährdet sind. Die Initianten versprechen, dass es keine zusätzlichen Mittel braucht, sondern dass dieses ganze Wunschkonzert durch den Energiefonds finanzierbar sei. Ich würde mir wünschen, dass ich von den Befürwortern auch des Gegenvorschlags eine verbindliche Zusage erhalte und nochmals höre, wie die Finanzierung dieses Vorhabens vorgesehen ist. Seid ihr wirklich der Ansicht, dass das ausschliesslich durch den Energiefonds machbar ist? Warum steht dann im Initiativtext oder im Gegenvorschlag nicht explizit, dass der Energiefonds für die Finanzierung herbeigezogen werden soll? Wir sehen ganz klar die Gefahr, dass da zusätzliche Kosten entstehen, wenn der Energiefonds für diese Vorhaben nicht reicht. Davon ist leider auszugehen. Was passiert dann? Wir müssen diese zusätzlichen Ausgaben irgendwo einsparen und das wird dann zulasten von anderen Leistungen gehen.
2. Wir sagen nein zu einer extremen und schwierig umsetzbaren Initiative. Die Problematik der Eigentumsrechte wurde bereits erwähnt. Wie wollen wir die Leute motivieren, dass sie mehr Solarfläche bauen? Es gibt aus meiner Sicht eigentlich nur die finanziellen Anreize. Auch hier wieder die grosse Frage: Ist das mit den Mitteln des Energiefonds möglich oder nicht?
3. Nein zu zusätzlichen Regelungen. Auch wenn durch Annahme des Gegenvorschlags oder der Initiative diese Vorhaben durch den Energiefonds finanziert werden können, stellt sich die Frage: Braucht es diesen Eingriff, bei dem wir zusätzliche Vorschriften machen, wofür diese Mittel des Energiefonds verwendet werden? Wir sind klar der Meinung, es ist nicht sinnvoll, nur Solarprojekte zu fördern. Es ist nicht sinnvoll, eine einseitige Förderung einer einzigen Technologie vorzunehmen. Die Frage stellt sich auch, was dann mit Gebäudesanierungen passiert, was mit anderen Vorhaben passiert, die ebenfalls zurzeit mit dem Energiefonds finanziert werden. Machen wir dann da überhaupt nichts mehr, sondern setzen nur auf Solar? Da sind wir klar dagegen.

Zum Fazit: Unsere Fraktion steht klar hinter dem Entscheid mit dem Energiefonds. Der Kompromiss ist genauso weit von mir entfernt wie von den Initianten. Er geht mir viel zu weit, aber ich respektiere ihn und mit dem können wir in die Zukunft gehen. Es hat sich in den letzten Jahren etwas getan. Die Subventionierung hat enorm zugenommen. Stichwort Energiewende. Es ist kein zusätzlicher Handlungsbedarf vorhanden.

Noch kurz zum Gegenvorschlag: Konkret störend ist, dass die 7 Quadratmeter eine sehr marginale Anpassung zur Initiative sind. Ich kann nicht von einem wirklich guten eidgenössischen Kompromiss sprechen, wenn so viel Prozent der Forderung übernommen werden und nur ein bisschen an dieser Zahl geschraubt wird. Es ist zu nah an der Initiative und es bringt trotzdem Mehrkosten. Aus diesen Gründen ist unsere Fraktion einstimmig der Meinung, diese Initiative und der Gegenvorschlag sind abzulehnen.

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Ich versuche, mich auf die Argumente zum Gegenvorschlag zu beschränken. Die stadträtliche Botschaft lehnt das Anliegen der Initianten kategorisch ab. Wir sind der Ansicht, dass gerade auch wegen der angeführten Punkte in meinem Eintretensvotum etwas kreatives Denken angebracht gewesen wäre. Dies

hätte zu einem Gegenvorschlag vonseiten des Stadtrats führen können, der mit den Zielen des städtischen Energierichtplans vereinbar gewesen wäre. Ziele, die notabene in der Botschaft auf Seite 6 auch erwähnt werden. Nun, das kreative Denken hat nicht stattgefunden, aber nehmen wir an, es hätte. Was wäre, wenn der Stadtrat den Mut oder den Willen gehabt hätte, das für ihn Unmögliche zu denken? Dann hätte der Stadtrat auf Seite 6 seiner Botschaft weitergedacht, wo steht – ich zitiere: „Im Kontext mit der vorliegenden Volksinitiative sind die im Energierichtplan festgesetzten Ziele bei der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen massgebend.“ Auf Seite 5 des Energierichtplans steht als Ziel: „10 Prozent des Stromverbrauchs aus lokalen Energien bis 2025“. Bis 2025 wird kein Tiefengeothermiekraftwerk stehen. Für den Moment ist die Solarenergie, Photovoltaik, die einzige Methode, die günstig und ohne ökologische Nachteile Strom erzeugen kann. Bei einem konsequenten Weiterdenken und Weiterrechnen wäre der Stadtrat vielleicht darauf gekommen, dass genau dieses Ziel durch den Zubau von exakt 6 Quadratmetern Photovoltaik pro Einwohner erreicht werden könnte. Man hätte sofort erkannt, dass die Initiative übers Ziel hinausschiesst, aber man hätte auch erkannt, dass man mit weniger die Ziele des eigenen Energierichtplans erreichen könnte. Darauf hätte man sich hingesetzt, auf alle Fälle diejenigen, die ob des Aha-Erlebnisses aufgesprungen wären, und man hätte überlegt, wie man das eigene Ziel erreichen könnte. Man hätte daraus einen Gegenvorschlag zu den 10 Quadratmetern pro Einwohner machen können, der bereits ins Auge gefasste Visionen erfüllt hätte. Man hätte das gefällig formuliert, zum Beispiel: „Der Stadtrat strebt an, bis ins Jahr 2025 das hohe Potenzial der Sonne in dem Mass zu nutzen, dass 10 Prozent des Stromverbrauchs durch lokale erneuerbare Quellen gedeckt werden. Dies würde einem Zubau von 6 Quadratmetern Photovoltaik pro Einwohner entsprechen.“ Schade, dass man nicht in diese Richtung weitergedacht hat, obwohl man sich im Energierichtplan genau dieser Vision verpflichtet hat. Zum Glück haben es andere getan. Der von Gemeinderat Pascal Frey eingereichte Gegenvorschlag ruft den Stadtrat auf, zu seiner Vision zu stehen und sich auf den Weg zu machen. Der Gegenvorschlag enthält keine starren, zwingenden Vorgaben. Man kann also die wirtschaftlichen Begebenheiten durchaus berücksichtigen. Er enthält nur die Verpflichtung, jährlich über die Fortschritte zu berichten. Die Fraktion CH/Grüne/GLP unterstützt die Stossrichtung der kommunalen Volksinitiative „10 m² pro Einwohner“, anerkennt jedoch, dass die Zahl „10 m²“ gerade auch im Hinblick auf die im Energierichtplan festgehaltenen Ziele zu hoch sind. Zudem verlangt die Initiative eine starre Verpflichtung auf das Ziel, auch wenn sie nicht verlangt, dass das Ziel zum Beispiel in der Gemeindeordnung festgeschrieben wird. Der Gegenvorschlag jedoch erinnert die Stadt an ihre eigene Vision, wie sie im Energierichtplan festgehalten ist. Es wird nicht verlangt, dass Ziele und Zwischenziele auf den Quadratmeter eingehalten werden, aber der Stadtrat wird verpflichtet, sich auf den Weg zu machen. Deshalb unterstützt unsere Fraktion den Gegenvorschlag und begrüsst den Entscheid des Initiativkomitees, im Fall einer Annahme des Gegenvorschlags die Initiative zurückzuziehen.

Gemeinderat Mario Weber: Ich spreche im eigenen Namen unter dem Titel „Unter Blinden ist der Einäugige König“. Gemäss des jüngsten Rankings des WWFs fällt die Schweiz 2015 aus den Top Ten der Klima-Ratings hinaus, weil wir schlicht zu wenig für den Klimaschutz unternehmen. Als Unternehmer und Vater einer wunderbaren Tochter fühle ich mich der nächsten Generation in vielseitiger Hinsicht verantwortlich. Wir können uns nichts darauf einbilden, in einem Schweizer Ranking vor dem Kanton Appenzell zu liegen. Ich stimme der Initiative zu.

Gemeinderat Michael Lerch: Ich musste vorhin schmunzeln, als es hiess, vom Stadtrat hätte man Kreativität erwartet. Mir ging es genau umgekehrt. Ich hätte von den Initianten etwas mehr Kreativität erwartet und nicht eine Kopie der Solarinitiative mal fünf. Schade. Ich möchte aber vorausschicken, dass ich kein Gegner der Sonnenenergie bin, ganz im Gegenteil. Ich wohne seit gut zwei Jahren in einem Zweifamilienhaus, welches im Minergie-P-Standard erstellt wurde. Es

ist mit einer Erdsondenwärmepumpe für die Heizung und Warmwasseraufbereitung ausgestattet, und für die Stromproduktion ist für jede Wohnung eine Photovoltaikanlage auf dem Dach installiert. Die Dachfläche ist nahezu belegt und mehr Photovoltaik macht bei uns keinen Sinn mehr. Was war der Grund, dass meine Frau und ich diese Wohnung erworben haben? Zum einen mussten die Wohnung und die Lage des Objekts natürlich überzeugen. Zum anderen bin ich der Meinung, dass wenn man heute baut, fortschrittlich und energiebewusst gebaut werden soll. Diese Bauweise ist leider etwas teurer, aber sie gibt einem auch ein gutes Gefühl. Leider stelle ich bei anderen Neubauten, und das kann ich etwas beurteilen, weil ich regelmässig mit Neubauten zu tun habe, immer wieder fest, dass bei diesen energetisch nicht das Optimum herausgeholt wird, sondern dass lieber ein tieferer Kaufpreis eingesetzt wird oder eine höhere Gewinnmarge des Erstellers einkalkuliert wird. Jetzt könnte man ja sagen, dass der Gesetzgeber strengere Vorschriften erlassen soll, das wäre klar eine Möglichkeit. Die potenziellen Käufer der Objekte könnten aber auch vom Erwerb absehen, wenn das neue Gebäude energetisch nicht auf dem besten Stand ist. Wenn alle Käufer konsequent wären, würden die Generalunternehmen auch ohne strengere Gesetze ganz schnell anders bauen. Dasselbe gilt auch bei der Erstellung neuer Solarflächen. Wenn alle Hauseigentümer überzeugt werden könnten, dass es sinnvoll wäre, auf ihren geeigneten Dächern eine Solaranlage zu installieren, bräuchte es weder eine Solarinitiative noch einen Gegenvorschlag dazu. Wieso entschliessen sich die Menschen nicht, das Sinnvolle zu tun und Eigeninitiative zu entwickeln und mehr Eigenverantwortung zu übernehmen? Wahrscheinlich liegt es zum einen an der Bequemlichkeit, zum anderen würde es ja etwas kosten, ohne dass man etwas davon hat. Das stimmt aber auch nicht. Dank der Solaranlagen nehmen die laufenden Energiekosten ab. Dies wirkt sich aber in der Regel nicht mit mehreren Tausend Franken im Jahresbudget eines Haushalts aus, sondern eher mit einigen Hundert Franken und fällt für viele so gar nicht ins Gewicht. Ich persönlich begutachte jeweils mit grossem Interesse und mit einer gewissen Freude die Stromrechnung, auf welcher auch der Stromverkauf an die Werkbetriebe ausgewiesen ist. Aber wahrscheinlich bin ich etwas speziell. Ich bin der Meinung, dass der Gegenvorschlag, aber auch die Initiative „10 m² Solarfläche pro Einwohner“ ein Bumerang für die Stadt werden könnte, da eine Pflicht zur Realisierung von Solarfläche besteht, zumindest bei der Initiative. Im optimalen Fall erstellen Private bis 2025 die notwendigen Flächen, und zwar ohne finanzielle Beteiligung der Stadt. Im schlechtesten Fall nimmt die neu installierte Solarfläche wieder massiv ab und die Stadt müsste den Auftrag umsetzen und dafür sorgen, dass wieder mehr Flächen installiert werden. Ich bin mir aber nicht sicher, ob sich das die Mehrheit der Bevölkerung leisten will. Viele gehen doch lieber etwas teurer in die Ferien oder leisten sich eine etwas grössere Wohnung, statt eine Photovoltaikanlage zu installieren oder sich an einer neuen öffentlichen Solaranlage nach dem Public Private Partnership zu beteiligen. Der Stadtrat ist auch an einem solchen Modell dran. Ich bin gespannt, welche Nachfrage eine solche Anlage haben wird. Weiter bin ich gespannt, wie sich die Bezugzahlen beim Thurgauer Naturstromangebot der Werkbetriebe entwickeln. Auch hier hätten Mieter und Hauseigentümer, welche auf ihren Dächern keine Solaranlage installieren können, die Möglichkeit, sauberen Strom zu beziehen. Sie sehen, die Möglichkeiten, sich ökologisch zu verhalten, wären vorhanden. Die Eigeninitiative ist aber notwendig. Damit komme ich noch kurz zum Gegenvorschlag. Der Gegenvorschlag kommt sehr unverbindlich daher, denn die Stadt soll nur anstreben, dass 7 Quadratmeter Solarfläche pro Einwohner realisiert werden. Wenn der Stadtrat und die Werkbetriebe in den letzten zehn Jahren untätig geblieben wären und nichts für regional produzierten CO²-freien Strom unternommen hätten, dann wäre ich der Meinung, mit dem Gegenvorschlag könnte man allenfalls etwas ins Rollen bringen. In der Stadt Frauenfeld wurden aber schon verschiedentlich sinnvolle Energieprojekte umgesetzt und es sind weitere in Planung. Daher bin ich der klaren Meinung, dass sowohl die Initiative, welche über das Ziel hinausschiesst, als auch der Gegenvorschlag, welcher relativ unverbindlich ist, abzulehnen sind. Im Weiteren würden die Initianten der Initiative und des Gegenvorschlags beides besser zurückziehen und in

der Folge das Geld, welches für die Abstimmung aufgewendet werden müsste, in ein Energieprojekt investieren, welches lokal CO²-freien Strom liefern würde.

Gemeinderat Stefan Geiges: Ich möchte mich zur Initiative nicht äussern, unser Fraktionssprecher hat meine Meinung bereits vertreten. Umweltschutz ist vor allem, auf etwas zu verzichten, sich selber bescheidener zu geben und nicht einfach das Gefühl zu haben, man könne es mit Sonnenenergie und anderem wieder wettmachen. Sondern es fängt bei jedem einzelnen an. Beim Gegenvorschlag hingegen sollten wir jetzt und heute zu etwas ja sagen, wo wir die Auswirkungen nicht kennen, und was der Stadtrat nicht abklären konnte. Möchte man konsequent sein, müsste man das Geschäft vertagen und wir müssten noch einmal die Möglichkeit geben, es sauber abzuklären, damit man auch die Kosten des Gegenvorschlags kennt. Wir können doch heute nicht Entscheide fällen, die immerhin Millionen betreffen, wo wir die Auswirkungen nicht kennen. Ich glaube keiner hier drin sollte einen solchen Entscheid fällen. Deshalb bitte ich Sie, den Gegenvorschlag abzulehnen und hier im Rat nur noch über die Initiative abzustimmen.

Gemeinderat Andreas Elliker: Ich nehme einiges vorweg: Ich bin grundsätzlich nicht gegen erneuerbare Energien. Aber diese Solarinitiative geht mir zu weit. Es stört mich einiges. Wenn die bürgerliche Seite innert fünf Jahren eine fast identische Initiative einreichen würde, würde dies als Zwängerei betitelt. Ich mache das nicht, denn eine Initiative ist ein Volksrecht, ich erwarte aber den gleichen Respekt allen gegenüber. Sehr stossend für mich ist, dass von sieben Initianten drei in der Solarbranche arbeiten oder gearbeitet haben. Bestehen hier wirklich keine Eigeninteressen? Neben der Solarenergie gibt es auch noch andere erneuerbare Energien. Sind diese nicht gleichwertig? Die Initiative ist mangelhaft formuliert und nicht zu Ende gedacht. Wenn man die Solarinitiative mit der CH-Wohninitiative vergleicht, kann man feststellen, dass die Wohninitiative vorbildlich und sauber ausgearbeitet wurde. Persönlich kann ich beide Anliegen nicht unterstützen. Nun wird ein Gegenvorschlag eingereicht, damit die Versäumnisse der Solarinitiative korrigiert werden können, um zu retten, was noch zu retten ist. Die Frage muss erlaubt sein, ob Kollege Pascal Frey auch die richtige Person ist, um diesen Gegenvorschlag einzureichen, denn er war ja persönlich anwesend, als die Unterschriftenbogen der Stadtkanzlei übergeben wurden. Ist er in der Zwischenzeit in der Überzeugung gereift, dass die Solarinitiative nicht mehr ganz das Richtige ist? Für mich ist eine Forderung von erneuerbaren Energien in einem solchen Ausmass nicht die Aufgabe der Stadt oder des Kantons, sondern des Bundes. Frauenfeld allein kann nicht die ganze Welt retten, so es die Schweiz auch nicht kann. Nur die Schweiz hätte mehr Gewicht. Zudem haben wir bereits aus der letzten Abstimmung den städtischen Energiefonds geschaffen. Frauenfeld kann sich diese Ausgaben nicht leisten. Die Stadt soll die bestehende Infrastruktur erhalten und umsorgen. Wieso soll Frauenfeld besser sein als andere Städte? Damit wir von ihnen einen warmen Händedruck bekommen? Mit dieser symbolischen Geste können wir uns nichts kaufen.

Gemeinderat Pascal Frey: Ich möchte kurz noch auf einige Punkte eingehen, die gesagt wurden:

Bereich Stromspeicherung beziehungsweise Spitzen der Solarenergie: Hier wird bereits die Speicherung des Stroms unterstützt durch den Energiefonds. Seit Anfang Jahr hat diese Unterstützung wegen der geänderten KEV-Vorgaben geändert. Hier wird also bereits etwas gemacht. Auch seit 2010 hat sich einiges geändert, insbesondere die Preise – es wurde erwähnt. Ich gehe davon aus, dass die Netzparität mittelfristig gegeben sein wird. Subventioniert wird oder wurde auch die Atomenergie, und zwar sehr stark, und dort ist mittlerweile zudem klar, dass die einbezahlten Beträge niemals ausreichen, um die Meiler zurückzubauen. Der Strommarkt ist also sowieso extrem verzerrt. Hier müsste meiner Meinung nach alles gestrichen und von vorne ange-

fangen werden. Aber hier müssen wir einfach darüber befinden, was wir in Frauenfeld machen können. Und Frauenfeld soll in jeder Hinsicht besser sein, auch in der Förderung von solarem Strom.

Stadtrat Ruedi Huber: An der reduzierten Beleuchtung hier im Rathaussaal können Sie feststellen, dass wir das Votum von Gemeinderat Stefan Geiges bereits aufgenommen und mit dem Sparen begonnen haben. Wir verlassen uns betreffend Beleuchtung im Moment auf die Sonne. Sorry, ich weiss auch nicht, was im Moment los ist.

Zuerst möchte ich mich bei allen Rednerinnen und Rednern für die ausführlichen und sehr fundierten Statements herzlich bedanken. Das spricht für die Arbeit hier im Gemeinderat, dass sehr fundiert diskutiert wird. Die wesentlichsten Argumente für oder gegen einen massiven Ausbau der Solaranlagen auf den Frauenfelder Dächern sind aufgeführt worden, weshalb ich diese nicht mehr alle wiederholen möchte. Zudem steht auch sehr vieles im Text des Stadtrats. Zu einigen Voten habe ich noch kleinere Bemerkungen.

Gemeinderat Stefan Leuthold, wir Stadträte haben vom Initiativkomitee einen ganz klaren Auftrag erhalten. Ich und wir Stadträte allgemein, nehmen Aufträge ernst. Aus diesem Grund haben wir auch nicht einfach an einer Kompromisslösung herumgebastelt. Wenn ich jetzt ein bisschen höre, es wäre das Ziel gewesen, wir fordern erst einmal eine grosse Menge und dann einigt man sich auf den Kompromiss, dann denke ich, ist das nicht der optimale Stil, wie wir hier politisieren sollten. Gemeinderat Geiges hat es gesagt, da müssen wir wirklich zuerst wieder sauber berechnen, was es kostet und was es bringt. Sonst gibt es nur noch Bauchentscheide und die sind aus meiner Sicht nicht sinnvoll. Wenn Sie auf einen Kompromiss hinzielen, bitte formulieren Sie diesen gerade als Initiative. Das ist für alle einfacher.

Der Energierichtplan ist als Papiertiger bezeichnet worden. Das ist manchmal so bei Richtplänen. Aber für unseren Mut – ich kann Ihnen sagen, manchmal braucht es Mut und manchmal steht man im Gegenwind –, Projekte wie die Wärme Frauenfeld AG, Anergienetz Kunsteisbahn, Beteiligungssolaranlage, die jetzt dann bereits umgesetzt werden, anzupacken, liegen die Tatbeweise vor. Ich denke, Frauenfeld ist im Energiebereich vorbildlich. Das sage ich nicht einfach nur so, sondern Urs Müller konnte mit seinem Team ja auch das Goldlabel Energiestadt feiern. Das hat noch lange nicht jede Gemeinde. Ich denke auch Amriswil hat das noch nicht.

Immer wird uns Stadträten vorgeworfen, dass wir betreffend Solarenergie zu wenig unternehmen würden, insbesondere auch bei den eigenen Gebäuden. Der Handlungsspielraum in diesem Bereich ist eben klein. Denken Sie daran, wenn wir eine Tour Horizont bei den wichtigsten Gebäuden machen. Das Rathaus gehört nicht der Stadt. Es ist ein historisches Gebäude, das von der Bürgergemeinde betrieben wird. Schlossmühlestrasse, wo Tiefbau- und Hochbauamt sind, gehört nicht uns, da sind wir eingemietet. Die Konvikthalle gehört dem Kanton. Die Festhütte ist zu beschattet und dort gibt es auch statische Probleme. Das Hallenbaddach ist zu schwach, um noch Konstruktionen draufzusetzen. Das Gleiche gilt bei der Kunsteisbahn. Wir haben das überall geprüft. Die Dächer sind an vielen Stellen zu schwach. Das kann man erst machen, wenn die Gebäude saniert werden. Auf eigenen Gebäuden haben wir also wenig Handlungsspielraum und wir können wirklich nur ein, zwei oder drei Fussballfelder von diesen 33 geforderten Fussballfeldern Solarfläche auf eigenen Gebäuden realisieren. Somit sind wir auf die Privaten angewiesen. Uns fehlen aber die rechtlichen Grundlagen, um Leute zu zwingen – und das wollen wir auch nicht. Es muss ein anderer Weg sein, der zum Ziel führt, denn die Stossrichtung tragen wir ja mit.

Gemeinderat Jürg Joss, Sie haben die Volksinitiative mit 10 Quadratmetern Fläche sozusagen als Klon der Initiative mit 2 Quadratmetern Solarfläche bezeichnet. Erlauben Sie mir auch einen Vergleich. Vor einigen Jahren haben die Initianten von der Bevölkerung ein Einzelkind gefordert, heute werden Fünflinge gefordert. Die Kompromisslösung wären Drillinge. Aber Fakt ist, dass die Bevölkerung vor einigen Jahren sogar zum Einzelkind nein gesagt hat. Uns ist der Volkswille wichtig, und es ist wichtig, dass die Bevölkerung nicht sagt, die machen sowieso, was sie wollen. Darum finde ich, dass auch in einem solchen Fall der Gegenvorschlag mit den Drillingen, der wirklich noch näher geprüft werden müsste, eigentlich schon ein bisschen überrissen ist.

Dieser Vorschlag, Gemeinderat Pascal Frey, ist eben sehr kurzfristig eingereicht worden. Wir hatten keine Chance mehr, diesen auch sauber zu klären. Er ist in doppelter Hinsicht moderater. Einmal betreffend der Fläche, moderater aber auch betreffend der Definition der Ziele. Ziele müssen nur angestrebt, nicht unbedingt erreicht werden. Aus meiner Sicht geben Sie uns eine Marschrichtung vor, diese entspricht aber auch wirklich dem Energierichtplan. Sie rennen bis zu einem gewissen Grad offene Türen ein. Wie die Grafik auf Seite 7 der Botschaft an den Gemeinderat zeigt, befindet sich Frauenfeld bereits auf der von Ihnen vorgeschlagenen Marschrichtung. Die Solarfläche nimmt zu und wenn all das, was in der Pipeline ist, umgesetzt ist, geht es im gleichen Stil weiter wie in dieser Grafik, und wir werden gewisse Ziele schon relativ rasch erreichen, zum Beispiel das Ziel der Solarinitiative 1. Wir haben noch viele Jahre vor uns, wo wir arbeiten können.

Dies alles geschieht, ohne dass die Stadt übermässig Geld ausgeben oder in private Eigentumsrechte eingreifen muss. Da wehre ich mich einfach dagegen und da fehlt uns auch die Rechtsgrundlage.

Mir ist es ein Anliegen, dass im Energiebereich etwas geht. Nicht nur mir, dem ganzen Stadtrat und sicher auch Ihnen hier drin. Aber diese Initiative geht einfach sehr, sehr weit. Fazit ist, wir haben von den Initianten den klaren Auftrag erhalten. Einen Auftrag, welchen der Stadtrat nicht erfüllen kann, weil ihm dazu schlicht und einfach der notwendige Handlungsspielraum fehlt. Nicht nur die rechtlichen Grundlagen fehlen, sondern wenn wir unsere Budgetzahlen anschauen, eben auch die finanziellen. Auch der Sparauftrag, den wir haben, ist klar. Aufgrund der geballten Diskussion bitte ich Sie deshalb, den Anträgen des Stadtrats zu folgen und die Volksinitiative „10 m² Solarfläche pro Einwohner“ und indirekt auch den Gegenvorschlag dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen.

Abstimmung Gegenvorschlag:

Der Gegenvorschlag von Gemeinderat Pascal Frey wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Materielle Beratung der Solarinitiative

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Es werden nur noch Voten abgefragt, die ergänzend sind. Ich glaube, die GPK hat ihr Votum komplett abgegeben.

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Ich spreche zu drei Aspekten der stadträtlichen Botschaft. Der Stadtrat hat laut eigenen Aussagen in der Botschaft erhebliche

Bedenken, dass die Initiative praktisch umgesetzt werden kann und begründet das mit rechtlichen, finanziellen und technischen Argumenten.

Zu den rechtlichen Aspekten haben wir schon einiges gehört. Es ist sicher richtig, dass niemand gezwungen werden kann, auf seinem Dach eine Solaranlage zu installieren. Mir ist auch kein Fall bekannt, wo dies geschehen wäre. Allerdings kann die öffentliche Hand hier eine Rolle als Katalysator wahrnehmen, und zwar nicht nur, indem finanzielle Hilfen geleistet werden. Frauenfeld macht das zum Teil schon, könnte das aber noch verstärkt tun. Einfach ein paar Beispiele: Man könnte Partnerschaften mit Privaten oder öffentlichen Institutionen eingehen. Wir haben kürzlich im 10vor10 am Schweizer Fernsehen das Beispiel der fenaco gesehen, die eine Offensive starten will, um nach dem Vorbild Deutschlands auf möglichst vielen Bauernhäusern Solaranlagen zu installieren. Dann könnte eine höhere Vergütung des ins Netz eingespeisten Stroms für Nicht-KEV-Anlagen einfach gemacht werden. Man könnte Zählergrundgebühren abschaffen, denn für viele sparsame Haushalte sind die Grundgebühren um einiges höher als der Stromkonsum. Die Werkbetriebe könnten zum Beispiel bei ihrer nächsten Werbeaktion bei der Erneuerung von Heizungen nicht nur Öl auf Gas propagieren, wie sie das im März 2015 gemacht haben, sondern die Kombination Gas-Solar anpreisen. Das würde zum Beispiel die CO²-Bilanz noch einmal nachhaltig verbessern. Man könnte zum Beispiel auch im Baureglement Anreize formulieren für Bauherren, die bereit sind, eine gewisse Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien einzugehen. Es gibt viele Beispiele, viele Ideen, an die man sich heranwagen könnte.

Dann das Finanzielle: Der Stadtrat zeigt hier das Worst-Case-Szenario auf. Das ist okay so. Es ist die Pflicht des Stadtrats, dem Stimmbürger die Tragweite eines möglichen Entscheids darzulegen. Allerdings muss das auch stimmen. Die Investitionskosten von 100 Mio. bis 130 Mio. Franken, die im schlechtesten Fall von der öffentlichen Hand zu tragen wären, sind doch mit Vorsicht zu geniessen und nicht alle würden da so hoch kommen. Was aber nicht erwähnt wird, ist, dass hier in ein Konsumgut investiert wird. Solarproduzierte Wärme ersetzt Wärme, die bisher durch Öl und Gas erzeugt wurde. Das heisst, durch Solar erzeugtes Warmwasser können Kosten für Öl und Gas gespart werden, der CO²-Ausstoss wird verringert und, wie Gemeinderat Lerch gesagt hat, man fühlt sich gut dabei. Ich kann ihm da nur zustimmen. Solarstrom wird produziert und an den Endverbraucher weiterverkauft. Es sind nicht A-fonds-perdu-Investitionen, Millionen, die wir zum Fenster hinausschmeissen. Und wir haben das Beispiel aus Amriswil gehört. Photovoltaikanlagen sind eine Investition, die eine Rendite abwerfen – im Gegensatz zu vielen anderen Investitionen. Das natürlich dank der KEV, die heisst nämlich kostendeckende Einspeisevergütung. Das heisst, es ist kein Negativgeschäft, auch für die Stadt oder die Werkbetriebe nicht. Letztlich profitiert natürlich auch das lokale Gewerbe. Es werden Arbeitsplätze erhalten, geschaffen und es werden Steuereinnahmen generiert.

Dann zur Botschaft. Etwas, was vom GPK-Sprecher bereits angedeutet wurde: Die stadträtliche Botschaft äussert sich zu den allfälligen Kosten im Netzbereich durch die Umsetzung dieser Initiative. Es heisst, diese seien nur schwer abschätzbar, was eindeutig darauf hinweist, dass die hoch sind. Und die Begründung auf Seite 10 und 11 der Botschaft tönt hochtechnisch und für Laien, wozu ich auch mich zähle, etwas einschüchternd. Die ganze Sache ist jedoch für die vorliegende Solarinitiative hinfällig. Am 15. September 2014 reichten die Kantonsräte Blatter und Nägeli eine einfache Anfrage an den Regierungsrat ein mit dem Titel „Auswirkungen der im Raum stehenden Solarinitiativen in verschiedenen Gemeinden und Städten auf Thurgauer Netze“. Es ging also unter anderem auch um die Frauenfelder Solarinitiative. In seiner Antwort vom 18. November 2014 hält der Regierungsrat fest: „Die Einspeisung von dezentral erzeugtem Solarstrom im zu erwartenden Ausmass ist in der Regel für die Mittelspannungsnetze unproblematisch. [...] In ländlichen Gebieten könnten punktuelle Verstärkungen im Niederspannungsnetz

nötig sein, die aktuellen Volksinitiativen betreffen aber städtische Netze.“ In seinem Grundlagenbericht „Stromnetze Thurgau“ vom Oktober 2014 hält der Regierungsrat fest, dass die Aufnahme­fähigkeit von dezentral produzierten Energien in städtischen Verteilnetzen bei 20 bis 30 Prozent liege. Im Fall der Solarinitiative „10 m²“ sprechen wir laut Botschaft von 14,4 Prozent. Also das Horrorszenario Netzkosten erweist sich als haltlos. Da der Stadtrat auch in der Abstimmungs­botschaft von nur schwer abschätz­baren Kosten für die technische Anpassung spricht und damit fälschlicherweise klar hohe Zusatzkosten suggeriert, werden wir da einen Änderungsantrag stellen.

Gemeinderat Stefan Leuthold: Ich möchte einige Aussagen meiner Vorredner korrigieren und einige Details nachliefern, die so nicht stimmen und ich so nicht stehen lassen kann. Als der Atomstrom in den 70er- und 80er-Jahren aufkam, hatte man das Problem, dass man nun 24 Stunden pro Tag eine Bandenergie hatte und diese nicht ständig verwerten konnte. Man kam dann auf die Idee mit dem Tag- und Nachtstromtarif. Man probierte, den Leuten Elektrospeicherheizungen zu verkaufen, was auch erfolgreich geschah. Man subventionierte sie sogar noch. Man baute auch die Wasserkraft als zusätzlichen Speicher zu. Jetzt stehen wir vor einem neuen Kapitel. Den erneuerbaren Energien wird vorgeworfen, dass der Strom unregelmässig anfällt. Das ist grundsätzlich richtig, aber auch hier muss man halt entsprechend die Infrastruktur anpassen. Das ist nicht ein Ding der Unmöglichkeit. Die Speicherung ist heute schon möglich, ebenfalls mit Wasserkraft, die Speicherung ist auch möglich mit Batterien. In der von Geiges und Hef­ti lancierten Interpellation ist das Power to Gas erwähnt. Das ist auch eine vielversprechende Methode, wie man Solarenergie speichern könnte. Es gibt Technologien, die unterwegs sind und die zum Teil bereits funktionieren. Das ist keine Zukunftsmusik.

Der Stadtrat schreibt in seiner Botschaft, dass man die Eigentümer von Liegenschaften nicht zwingen kann, ihre Dachflächen mit Photovoltaik zu belegen. Das ist grundsätzlich korrekt, aber es spricht natürlich nichts dagegen, dass die Stadt auf Eigentümer von Liegenschaften zugeht und ihnen anbietet, gegen ein Entgelt ihre Dachfläche zu mieten, um auf ihrer Liegenschaft eine Solaranlage zu erstellen. Wie wir am Beispiel Amriswil gesehen haben, ist so eine Anlage lukrativ. Man hat Einnahmen und es ist nicht die schlechteste Kapitalanlage, die man machen kann. Ausserdem besteht gegenseitig kein Zwang. Das ist eine Variante, die wir vielleicht so noch nicht gehört haben.

Dann möchte ich noch etwas zur Geothermie sagen. Die Geothermie wird häufig als Hoffungs­träger genannt. Man muss aber schauen, wie das dann in der Realität kommt. Die Realität sieht so aus, dass die Bohrungen sehr teuer sind. Von zehn Bohrungen ist in der Regel eine erfolgreich. Dort gibt es eine 50%-Chance, dass man entweder einfach warmes Wasser hat, was schön ist, aber das ist dann nur warmes Wasser. Es gibt eine weitere 50%-Chance, dass man auch Strom produzieren kann. Die Chance, mit Geothermie Strom zu erzeugen, liegt dann bei etwa fünf Prozent.

Stadtrat Ruedi Huber: Nur noch ein Satz betreffend Flächenmiete: Wir wollten auf einem Parkplatz publikumswirksam eine Beteiligungssolaranlage einrichten. Wir haben heute von Fussballfeldern gesprochen. Das wäre etwa diese Fläche gewesen. Die Miete beträgt pro Jahr 15'000 bis 25'000 Franken. Einfach damit Sie eine Grössenordnung haben. Das ist ein Beispiel aus Frauenfeld.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Wir kommen jetzt zur Abstimmungs­botschaft. Wir haben schon mehrere Beiträge zur Abstimmungs­botschaft gehört. Gibt es noch weitere Voten zur Abstimmungs­botschaft?

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wie ich bereits dargelegt habe, wurde der Regierungsrat speziell im Hinblick auf die in verschiedenen Gemeinden lancierten Solarinitiativen angefragt, welche Auswirkungen diese bei der Annahme auf die Thurgauer Netze hätten. Laut Antwort des Regierungsrats sind keine bedeutenden Belastungen und damit Kosten zu erwarten. Deshalb ist der Abschnitt Photovoltaikanlagen auf Seite 8 der Botschaft zumindest irreführend, wenn nicht sogar falsch, denn er suggeriert einerseits Qualitätseinbussen am Ende beim Konsumenten und andererseits hohe Kosten für die Werke bei den Netzausbauten bei Annahme der Initiative. Dass das nicht stimmt, wurde durch die regierungsrätliche Antwort beziehungsweise auch durch die Studie, die der Antwort zugrunde liegt, widerlegt. Deshalb kann es nicht sein, dass dem Stimmbürger Argumente vorgelegt werden, die sich an höherer Stelle bereits als nichtig erwiesen haben. Mein Antrag lautet deshalb: Der Abschnitt Photovoltaikanlagen auf Seite 8 der Botschaft ist durch folgenden Wortlaut zu ersetzen. Der Wortlaut gründet auf der regierungsrätlichen Antwort, die sich wie gesagt auf den Grundlagenbericht des Regierungsrats stützt. „Die von Solaranlagen produzierte Stromleistung hängt von der Sonneneinstrahlung ab. Schwankungen ergeben sich daher durch Jahreszeit, Sonnenstand, Wetterbedingungen sowie Tag und Nacht. Abklärungen des Regierungsrats des Kantons Thurgau haben ergeben, dass die Einspeisung von Solarstrom in der Regel unproblematisch ist und dass die Einspeisung von 20 bis 30 Prozent Solarstrom in städtischen Netzen ohne grössere Investitionen möglich ist. Punktuelle Anpassungen des Netzes könnten notwendig sein.“ Ebenfalls betroffen ist auf Seite 9 der Abstimmungsbotschaft der letzte Absatz im Abschnitt Photovoltaikanlagen. Auch hier werden vor allem durch die Formulierung „nur schwer abschätzbare Kosten“ hohe Kosten suggeriert. Der Antrag lautet: Der Satz ist zu streichen.

Eine Abstimmungsbotschaft muss den Stimmbürger auf negative Konsequenzen einer Vorlage aufmerksam machen. Sie darf jedoch keinesfalls versuchen, das Stimmverhalten mittels falscher Aussagen zu beeinflussen. In diesem Sin bitte ich Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Darf ich den Antrag schriftlich haben?

Gemeinderat Stefan Geiges: Als Kantonsrat kenne ich die Regierungsantwort auch, aber wir sind hier in Frauenfeld, und ich glaube, man kann nicht einfach irgendeine Broschüre nehmen, die irgendwo gesät wurde und sie hier auf Frauenfeld herunterbrechen, ausser der zuständige Stadtrat sagt mir, dass das, was hier im Regierungsratsbericht steht, auch für uns Frauenfelder stimmt. Aber man kann doch nicht einfach irgendwo einen Bericht nehmen, sonst können wir wohl hundert Berichte zitieren. Wahrscheinlich gibt es auch einen Bericht in diesem Land, der etwas anderes sagt. Das geht doch so nicht. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Nicht weil ich ihn schlecht finde, sondern wir können doch heute Abend nicht einfach so ad hoc entscheiden. Ich weiss nicht, wie viele den Bericht des Regierungsrats kennen. Ich kenne ihn teilweise. Ich habe ihn angeschaut, aber ich bin nicht imstande zu sagen, was darin steht. Ich bitte Sie aus diesem Grund, den Antrag abzulehnen.

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Gemeinderat Geiges hat gesagt, man könne nicht sagen, ob das für Frauenfeld auch zutrifft. Es steht in der regierungsrätlichen Antwort ausdrücklich: „In ländlichen Gebieten könnten punktuelle Verstärkungen im Niederspannungsnetz nötig sein. Die aktuellen Volksinitiativen betreffen aber städtische Netze.“ Das heisst doch nichts anderes als, Netzausbauten werden in der Regel nicht nötig sein, gerade auch in städtischen Gebieten. Und der Regierungsrat musste ja die Frage beantworten mit Bezug auf die Initiativen in Romanshorn, Arbon, Amriswil, Weinfelden und Frauenfeld. Der Regierungsrat war ja gehalten, genau diese Verhältnisse zu prüfen und eine Antwort darauf zu ge-

ben. Deshalb sehe ich keinen Grund, warum man jetzt aufgrund des Votums von Gemeinderat Geiges diesen Antrag ablehnen sollte. Ich finde, die Begründung ist gut genug.

Stadtrat Ruedi Huber: Bei solchen Berichten ist die Situation ähnlich wie bei der Bibel oder beim Koran. Man kann sie ganz verschieden auslegen. Wesentlich ist, hier steht, dass in der Regel keine Probleme entstehen und dass die Einspeisungen 20 bis 30 Prozent Solarstrom in städtischen Netzen keine Probleme gäbe. A) Frauenfeld ist nicht nur eine Stadt, wir haben auch noch Landregionen. Dort sind auch die idealen Flächen für Solaranlagen. B) Wir müssen uns bewusst sein, wir speisen in den Spitzenzeiten natürlich bis zu 100 Prozent Solarstrom ins Netz ein. Unsere Formulierung ist „könnte“. So ist auch der Bericht beim Kanton zu verstehen, auch er kann verschieden interpretiert werden. Fakt ist, dass Probleme entstehen können. Ein Beispiel ist ein Bauer, der eine ganze Scheune mit Solarflächen belegen wollte. Er hat nun nur eine Hälfte belegt, weil er einen grösseren Transformator hätte einrichten müssen und die Zuleitung grösser hätte sein müssen. Diese Probleme sind da und das sind Kosten. Aber wir haben in diese Kosten von 100 Mio. bis 120 Mio. Franken nicht diese Probleme eingerechnet. Wir haben nur gesagt „könnte“. Das möchte ich noch betonen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich werde die Anträge Joss einzeln gegenüber den Anträgen des Stadtrats aus der Abstimmungsbotschaft gegenüberstellen.

Der erste Antrag ist auf Seite 8, den Teilabschnitt Photovoltaikanlagen komplett zu ersetzen. Wünscht jemand, dass ich den Text des Antrags Joss nochmals vorlese?

Abstimmung:	Antrag Joss:	12
	Antrag Stadtrat:	18
	Enthaltungen:	2

Der stadträtliche Antrag in der Abstimmungsbotschaft wurde genehmigt.

Gemeinderat Joss beantragt auf Seite 9 der Abstimmungsbotschaft den letzten Satz im Abschnitt Photovoltaikanlage „Noch nicht berücksichtigt sind dabei die nur schwer abschätzbaren Kosten für die technischen Anpassungen des Stromnetzes sowie die Umverteilung der Netzgebühren“ zu streichen.

Abstimmung:	Antrag Joss:	12
	Antrag Stadtrat:	19
	Enthaltungen:	1

Somit bleibt die Abstimmungsbotschaft, wie sie uns vom Stadtrat vorgelegt wurde.

Somit haben wir das Thema kommunale Volksinitiative „10 m² Solarfläche pro Einwohner“ materiell diskutiert und kommen nun zur Abstimmung über die Anträge auf Seite 15 der Botschaft des Stadtrats Nr. 39 vom 17. Februar 2015.

- Abstimmung Antrag 1:** Die kommunale Volksinitiative „10 m² Solarfläche pro Einwohner“ wird mit 32 Ja-Stimmen einstimmig für gültig erklärt.
- Abstimmung Antrag 2:** Der Antrag des Stadtrats „Die kommunale Volksinitiative 10 m² Solarfläche pro Einwohner wird dem Volk unterbreitet und zur Ablehnung empfohlen“ wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.
- Abstimmung Antrag 3:** Die Abstimmungsbotschaft wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Der Entscheid über die Gültigkeit Antrag 1 untersteht gemäss Art. 13 Abs. 3 der Gemeindeordnung dem Rekursrecht von 20 Tagen. Die Rekursfrist beginnt am 23. April 2015 und endet am 13. Mai 2015 und wird dementsprechend publiziert.

208

BERICHT ÜBER DIE REALISIERUNG DER RICHTPLANUNG PER ENDE 2014

Kenntnisnahme

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Es steht uns die Botschaft des Stadtrats Nr. 41 vom 10. März 2015 mit dem Antrag auf Seite 3 zur Verfügung. Zusätzlich steht uns das Protokoll der 23. Sitzung der GPK Bau, Werke, Anlagen vom 23. März 2015 zur Verfügung.

Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Einleitend erklärt Stadtrat Urs Müller, dass Richtpläne zwar Sache des Stadtrats sind, aber alle vier Jahre ein Bericht an den Gemeinderat erfolgen muss. Der Aufbau des Berichts ist wie vor vier Jahren und lässt sich darum auch leicht mit seinen Vorgängern vergleichen. Die Erstellung des Berichts ist mit viel Aufwand verbunden, was von den GPK-Mitgliedern gewürdigt und verdankt wird. Viele Bemerkungen wurden zu den Richtplänen nicht gemacht. Es wird aber festgehalten, dass der Bericht gerade in Budgetdebatten oder als Übersicht bei anstehenden Geschäften für jedes Ratsmitglied eine gute Hilfestellung ist. Stadtrat Urs Müller macht darauf aufmerksam, dass sich auf Seite 16 bei der Massnahme 4.3 „Konzept Smart Mobility“ ein Fehler eingeschlichen hat. Es steht dort erledigt. Verwaltungintern wurde ein Mobilitätsmanagement umgesetzt und ist auch erledigt. Aufgrund eines Absprachefehlers wurde nicht realisiert, dass man von der Massnahme 4.3 aus dem Richtplan spricht, welche noch nicht erledigt ist. Die korrekte Formulierung wäre dort: teilweise erledigt. Auf die Frage, ob der Zonenplan auch überarbeitet werde, antwortet Stadtrat Urs Müller, der Zonenplan werde möglichst nicht angetastet. Darum konnten auch nur Sachen ins

Reglement aufgenommen werden, welche auf dem Zonenplan abgebildet sind. Der Zonenplan ist ajour und wird von Zeit zu Zeit nachgedruckt.

Eine weitere Frage dreht sich um die Neueinstufung von schützens- und erhaltenswerten Gebäuden. Laut Stadtrat Urs Müller ist dies Sache der Denkmalpflege und wird in ihrem Inventar festgehalten. Wenn die Stadt ein Gebäude neu als schützenswert erklärt, geschieht das immer in Absprache mit dem Grundeigentümer.

Die GPK nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis und verdankt die grosse Arbeit von Adrian Sauter, der zum ersten Mal verantwortlich war für die Erstellung dieses Berichts.

Gemeinderat Christoph Keller, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU: Die Mitglieder unserer Fraktion haben den ausführlichen Bericht zum Stand der Realisierung der Ziele des Richtplans wohlwollend zur Kenntnis genommen und an einer Fraktions Sitzung besprochen und gewürdigt. Die Fraktion bedankt sich für dieses ausführliche Reporting beim Stadtrat, vor allem aber auch bei der für diese Fleissarbeit verantwortlichen Person der Stadtverwaltung. Wir sind überzeugt, dass diese Berichterstattung, welche unser Rat vor Jahren gefordert hat, Sinn macht. Das Ziel einer solchen Berichterstattung ist ja bekanntlich nicht das Herauspicken und Diskutieren von Detailinformationen. Vielmehr geht es darum, eine Übersicht über die geleisteten und noch pendenten Arbeiten zu gewinnen. Genau hier möchte unsere Fraktion ansetzen und beliebt machen, diesen Bericht inskünftig kürzer und durch ausschliesslich tabellarische Darstellungen besser lesbar zu verfassen. Eine übersichtliche Darstellung macht einen solchen Bericht zu einem nützlichen Hilfsmittel für alle Beteiligten. Ein weiteres Plus einer abgespeckten Variante ist, dass die Arbeit der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung wirklich wertgeschätzt wird. Wir möchten also nicht das Reporting zuhanden des Gemeinderats infrage stellen, vielmehr wünschen wir uns einen kurzen und knackigen Bericht von maximal acht bis zehn Seiten, welcher für die Verfasser weniger Zeitaufwändig und für die Nutzer besser lesbar ist.

Gemeinderat Herbert Vetter, Referent der Fraktion SP/GWB/Juso: Auch wenn wir den Richtplan nur zur Kenntnis nehmen dürfen, gehört es sich, einige Punkte kurz anzusprechen. Eine vorausschauende Planung in der Stadtentwicklung ist aus unserer Sicht wichtig und richtig. Der Stadtrat schreibt in seinem Bericht zu Recht, dass es für eine gute und zukunftsweisende Stadtentwicklung eine frühzeitige und abgestimmte Planung braucht. Dass dazu entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen, ist für unsere Fraktion im Gegensatz zu einigen anderen Gemeinderäten klar. Nun noch einige Punkte, die in der Richtplanung für uns wichtig sind:

Siedlung und Verkehr: Ein attraktiver öffentlicher Verkehr, unterirdische Parkplätze bevorzugen, dies ergibt freie Fläche, wenn möglich Grünflächen, sowie die Velo- und Fussgängerverbindungen aufwerten, das sind für uns zentrale Punkte, die es zu berücksichtigen gilt. Im Weiteren sind wir für verdichtetes Bauen und Respekt gegenüber den natürlichen Siedlungsgrenzen. Bei der Entwicklung des Areals am Murgbogen sollte es nicht nur für Wohnen und Gewerbe Platz haben, sondern auch für Freizeit wie Proberäume, Aufenthaltsplätze und kulturelle Einrichtungen. Ein weiteres Thema ist sicher ein Parkleitsystem. Es ist offensichtlich, dass nicht einmal allen Frauenfelderinnen und Frauenfeldern bekannt ist, wo sich noch freie Parkplätze befinden.

Natur und Landschaft: Obwohl eher unbekannt, ist dieser Richtplan nicht weniger wichtig. Denn je mehr wir in der vorhandenen Siedlungsfläche verdichten, desto mehr brauchen die Menschen, aber auch die Tiere die grünen Ausgleichsflächen.

Energie: Hier finden wir, dass die möglichen Punkte im Richtplan, bei denen Technologien vorhanden sind, nicht weiter aufgeschoben werden sollen. Als Beispiel nenne ich die Publi-Photovoltaikanlage, wo anscheinend jetzt etwas geht.

Stadtentwicklung: Hier ist es so, dass Sparen Stillstand bedeutet und Investieren Fortschritt. Wir sind für den Fortschritt. Es wird sich auszahlen.

Unsere Fraktion hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent der Fraktion CVP/EVP: Unsere Fraktion dankt dem Stadtrat für den aufschlussreichen und transparenten Bericht.

Gerne machen wir einen Rückblick mit dem Vergleich aus unserer Sicht. Dieser Bericht ist darum so bemerkenswert, weil er auch aufzeigt, wie bescheiden unser Gestaltungsspielraum eigentlich ist. Der Bund und der Kanton geben den grössten Teil der Massnahmen durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse bereits vor.

Umso erfreulicher also, was uns der Stadtrat mit dem vorliegenden Bericht aufzeigt.

Namens der CVP/EVP-Fraktion nehme ich zu den folgenden Bereichen Stellung: Zu Siedlung und Verkehr sowie zum Energierichtplan.

Siedlung und Verkehr: Der Richtplan Siedlung und Verkehr betrifft die Gemeinden Frauenfeld, Gachnang und Felben-Wellhausen. Das ist gut so, weil diese drei Gemeinden zusammenhängen, wenn es um den Verkehr, um die bauliche Entwicklung oder die Energie geht. Als Rückgrat von diesem – wie es heisst – „Entwicklungskorridor“ – dient gemäss Richtplan die S-Bahn. Das ist insofern zu hinterfragen, als immerhin drei Viertel vom Verkehr auf der Strasse stattfinden.

Verkehrspolitik: Die CVP/EVP-Fraktion hat vor gut vier Jahren in der Stellungnahme ein paar Fragezeichen gesetzt und davor gewarnt, dass man die Zunahme vom Verkehr allein mit Stadtbus, Postautos, Velos und Fussgänger auffangen will.

Heute wissen wir, dass die Verkehrsbelastung – vor allem im Stadtzentrum – nicht abnimmt, sondern weiterhin zu-genommen hat. Viel Zeit ist für Studien und Konzepte mit dem Ziel einer weiträumigen Entlastungsstrasse – dem Schollenholz-Tunnel im Westen – verloren gegangen. Seit der Bund und der Kanton kein Geld dafür ausgeben wollen, sind wir jetzt wieder auf Feld Eins – und fast so ratlos wie nach der abgelehnten F21.

Der Stadtrat hat dabei viel Zeit verloren. Unsere Fraktion hat schon vor Jahren gefordert, dass der Stadtrat dem Volk zuerst eine Vorlage für eine Entlastungsstrasse unterbreiten soll – und keine Massnahmen treffen soll, die für den Fall der Ablehnung nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

In unserer Stellungnahme hat unsere Fraktion damals aber auch davor gewarnt, den Autoverkehr und den Last-wagenverkehr aus ideologischen Gründen zu behindern und zu verteuern – also unattraktiv zu machen. Aber genau das ist passiert. Lastwagen-Fahrverbote, Parkgebühren, umständliche Verkehrsführungen, zusätzliche Kreisel und vieles mehr sind nicht ein Teil der Lösung – sie sind in der Zwischenzeit zum Teil ein zusätzliches Problem geworden.

Da hilft die Aussage im Verkehrsrichtplan „dass nur ein geringer Teil der Autofahrer gezwungen ist, das Auto wirklich zu nutzen“ nichts.

Es gibt auch vieles Positives zu berichten. Das „Verkehrs-konzept Ost“ mit einer ausgebauten Achse über die Militärstrasse, Breitenstrasse und Langfeldstrasse entlastet die Zürcherstrasse im Osten spürbar – ohne die Anwohner an der Breitenstrasse übermässig zu belasten.

Ebenfalls positiv ist der Ausbau vom Stadtbus – besonders in den Osten – und des Postautos in die Nachtstunden hinein. Umgesetzt worden ist auch der regionale Radweg zwischen der Stadtgrenze West und dem Stadtzentrum. Ebenfalls im Interesse der Velofahrer steht die grosszügige Veloeinstellhalle beim Bahnhof. Wir hoffen, dass dies auch die Velofahrer selber einmal merken. Schliesslich ist zu bemerken, dass die Begegnungszone in der Altstadt eine Aufwertung – nicht aber eine Entlastung der Innenstadt vom Verkehr – bringen wird.

Siedlungspolitik: Im erweiterten Stadtzentrum sind die Bestrebungen für das verdichtete Bauen sichtbar – vor allem entlang der Murg. Also an der Badstrasse, Kesselstrasse, Bachstrasse, Metzgerstrasse, Sägestrasse, Lindenstrasse usw. – aber auch an der Promenade auf dem Huber-Areal. Als erfolgreich darf man auch die Nutzung im Osten bezeichnen. Hier ist nicht nur eine grössere Anzahl von erfolgreichen Neuansiedlungen von attraktiven Unternehmen geglückt. Es ist auch gelungen, die Fachmärkte – etwa das neue Allmend-Center oder das künftige Center auf dem Tuchschild-Areal – auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Ob diese für die Ladengeschäfte in der Innenstadt zur ernstesten Konkurrenz werden und weitere Kaufkraft abziehen werden, bleibt abzuwarten.

Richtplan Energie: Der Richtplan Energie nennt zwar die richtigen Ziele – Energieeffizienz, Abwärmennutzung, umweltfreundliche erneuerbare Energie. Aber er basiert auf Grundlagen und Prognosen, die man weiterhin hinterfragen darf. Das An-koppeln an die 2000-Watt-Gesellschaft bleibt ein eher zu grosses Ziel. Es ist schwer nachzuvollziehen, dass wir unseren Energieverbrauch bis ins Jahr 2080 auf einen Viertel vom heutigen Bedarf verringern können. Weil „gut gemeint“ meistens das Gegenteil von „gut“ ist, sollte man sich vor solchen Zielen hüten. Davon abgesehen ist die Realisierung vom Energiericht-plan eine Erfolgsgeschichte. Viele Vorhaben sind umgesetzt worden oder stehen mitten in der Realisierung.

Etwa die Abwärmennutzung ab ARA in Form von einem Kaltwärmerring. Das bedeutet den Umstieg von Erdgas- und Ölheizungen auf eine Stromheizung, indem rund ein Drittel der künftigen Wärme durch Elektrizität erzeugt und zu zwei Dritteln aus dem ARA-Abwasser stammt. Die Einbindung des Gemeinderates folgt ja hoffentlich noch bei diesem Projekt! Ein ähnliches Vorhaben hat unser Rat am 14. Januar 2015 genehmigt, nämlich das „Anergienetz“ bei der Eishalle. Auch die Solarstromproduktion ist auf gutem Weg. Nach meinen Informationen wird in Frauenfeld pro Kopf der Bevölkerung doppelt so viel Solarstrom produziert wie im Schweizer Durchschnitt.

Die Beteiligung an der Grüngut-Verwertungsanlage Riet bei Oberwinterthur und das Abdecken vom gesamten Strombedarf durch Wasserkraft-Zertifikate sind weitere Beweise für eine moderne Energiepolitik.

Trotzdem empfehlen wir dem Stadtrat, in Zukunft etwas weniger Visionen und etwas mehr Realitäten in den Fokus zu nehmen. Denn Etwas Teures Kaufen oder Herstellen ist nicht schlimm, wenn es sich im Betrieb und Unterhalt wieder auszahlt!

Die CVP/EVP-Fraktion nimmt den Bericht über die Realisierung der Richtplanung mit diesen Anmerkungen zur Kenntnis.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Unsere Fraktion teilt die stadträtliche Meinung, dass eine aktive Richtplanung nur mit einem regelmässigen Überblick über das Erreichte, das Pendente sowie über allfälligen Anpassungsbedarf erreicht wird. Die vorliegende ausführliche und informative Berichterstattung zum Stand der Realisierung Richtplanung verschafft uns diesen Überblick. Unser Dank für diese wertvolle und wesentliche Arbeit geht an Stadtrat Urs Müller und seine Mitarbeitenden. Die Gelegenheit zur Kenntnisnahme möchten wir für einige Bemerkungen und Anregungen und Fragen nutzen.

Teilrichtplan Siedlung: Seite 10, Massnahme Quartieraufwertung: Wir möchten den Stadtrat sehr ermuntern, die Stossrichtung der angestossenen Pilotprojekte Ergaten-Talbach und Kurzdorf weiterzuverfolgen. Insbesondere halten wir es für zielführend und effizient, wenn die Quartierentwicklung mit dem Projekt „Älter werden im Quartier“ aus dem Alterskonzept verknüpft wird, wie das geschehen ist. Da der Schuh nicht in jedem Quartier gleich drückt, regen wir an, für die weiteren Quartierentwicklungsprojekte eine Prioritätenliste aufzusetzen. An dieser Stelle nicht unterlassen möchte ich einen Appell an die Adresse von allenfalls anwesenden Sparfüchsen. Die grosse Herausforderung der aktuellen demografischen Entwicklung ist für uns und die Generation unserer Kinder eine neue. Wir sollten hier aktiv bleiben und den damit einhergehenden organisatorischen und planerischen Aufwand nicht scheuen. Sich mit Sparargumenten die Augen zu verschliessen, dürfte weder der Sache noch der Kosteneffizienz dienlich sein.

Seite 10, Massnahme Flächensicherung an geeigneten Standorten: Wir begrüssen die Bestrebungen zur Verdichtung in den bestehenden Arbeitsplatzgebieten. Mit Bedauern beobachten wir den immensen Flächenverbrauch für Hunderte neu erstellte oberirdische Parkplätze im Langdorf in den letzten Jahren. Wir fragen uns, dürfen wir davon ausgehen, dass ganz im Sinn einer effizienten Verwendung der Bauzonenflächen im erwähnten Entwicklungsgebiet Langdorf solche Parkflächen nicht mehr gebaut respektive mittelfristig intelligenter umgenutzt werden?

Teilrichtplan Verkehr: Seite 14 Massnahmen Fuss- und Radverkehr: Ein dichtes Netz an innerstädtischen Fuss- und Radwegen steht an erster Stelle des Massnahmenkatalogs. Diese Top Priority ist unseres Erachtens verdient und wird sich mit der entschlossenen Realisierung positiv auf das Lebensgefühl der Frauenfelderinnen und Frauenfelder auswirken. Uns interessiert hier insbesondere brennend, möglichst bald von den nächsten konkreten Schritten im Ausbau des alltagsorientierten Radwegnetzes zu erfahren. Bezüglich regionaler Radweg Murgthal interessiert uns das Ergebnis der Machbarkeitsprüfung insbesondere im innerstädtischen Abschnitt zwischen Badi und Murg-Auen-Park.

Seite 16, Massnahme Konzept Smart Mobility: Smart Mobility respektive die Einführung von Mobilitätsmanagements für Betriebe und Arbeitspendler ist möglicherweise die sinnvollere und nachhaltigere Massnahme zur Verkehrsentlastung als ein Tunnel. Wir wünschen den hierfür Engagierten den nötigen Willen und Schnauf. Wir hoffen, dass insbesondere auch die zahlreichen Verwaltungsangestellten und die Ladenkundschaft Zielgruppen dieser Massnahmen sind. Die angesagten Versuchsbetriebe in Vor- und Innenstadt als Antwort auf das Bundesnein zur Stadtentlastung hat unsere Fraktion mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen. Ein übergeordnetes Mobilitätskonzept, das zurzeit in Erarbeitung ist, halten wir für sinnvoll. Wir fragen uns, welchen Stellenwert dieses Mobilitätskonzept in der Richtplanung hat.

Richtplan Natur und Landschaft: Zum Thema Neophyten: Der Richtplan feiert dieses Jahr seinen 16. Geburtstag. Seit der Erstellung dieses Richtplans hat sich die Ausbreitung von Neobiota, das sind invasive Pflanzen und Tiere, welche einheimische Arten verdrängen, rasant beschleunigt, wie sich beispielsweise an der raschen Ausbreitung von Japanknöterich oder drüsigem Springkraut entlang der Murg zeigt. Eine Strategie zur nachhaltigen Bekämpfung dieser Neophyten fehlt in diesem Richtplan bisher. Plant der Stadtrat, diese Lücke zu schliessen?

Thema Biber: Wir haben uns gefragt, welchen Stellenwert der Biber in diesem Richtplan hat. Immerhin gilt er als präsender und immer präsenderer, zum Teil auch ungeliebter Landschaftsgestalter oder Landschaftsgärtner, der schwer zu kontrollieren ist.

Richtplan Energie: Seite 29, Massnahmen Nr. 10 und 11, Abwärme Baumer Elektrik und Abwärme Eisbahn: Ich möchte nur kurz an die kürzliche Behandlung des Geschäfts Anergienetz Eisbahn erinnern und die Frage an die Adresse von Stadtrat Ruedi Huber richten, ob die Einbindung des offenbar vorgesehenen Abwärmenutzungskonzepts der Firma Baumer Elektrik in dieses erwähnte Anergienetz der Eisbahn geprüft wird respektive wurde.

Zum Schluss: Die Koordination und Durchführung der Realisierungsschritte der Richtplanung ist eine Herausforderung, denn wie im Fazit schön erwähnt, Planung wird mit steigenden Erwartungen und schwindendem Raum immer komplexer. Unsere Fraktion bedankt sich deshalb bei Stadtrat Urs Müller und seinen Mitarbeitenden für die tägliche Annahme dieser Herausforderung und dankt für die ausführliche und informative Berichterstattung zum Stand der Realisierung der Richtplanung. Unsere Fraktion nimmt Kenntnis vom Bericht per Ende 2014.

Stadtrat Urs Müller: Sie wissen es, die einmal pro Legislatur zu erfolgende Berichterstattung über die Richtplanung ist im Baureglement festgelegt. Früher war die Richtplanung Sache der Legislative, also von Ihnen, wurde aber im Rahmen des Projekts "Brevi", da ging es um die Beschleunigung der Bauverfahren, geändert und die Richtplanung ist nun in der Kompetenz des Stadtrats. Ihr Rat nimmt, wie wir gehört haben, also lediglich Kenntnis. Dies ist mit dem sich in Revision befindlichen kommunalen Baureglement immer noch so vorgesehen. Und mit Blick auf das Votum von Gemeinderat Keller, wenn Sie dies nicht mehr oder anders wollen, können Sie dies bald in diesem Rat beschliessen. In der GPK wurde die Berichterstattung in dieser Form allerdings begrüsst. Es ist so, dass dies für uns eine enorme Arbeit bedeutet, jedoch tut es auch gut, Rechenschaft abzulegen. Ich kann Ihnen versichern, auch wenn es nur auf acht bis zehn Seiten wäre, was ich als absolut nicht möglich erachte, wäre die Arbeit trotzdem zu leisten. Auch mit Blick zurück in diesen Rat: Die erste Berichterstattung, die noch nicht unter meiner Ägide lief, war sehr kurz und erntete eine ziemliche Rüge, dass sie zu kurz sei, und ich denke, sie war mehr als acht bis zehn Seiten lang.

Es geht heute um den Stand der Dinge. Ich werde mich deshalb nicht zu einzelnen Inhalten der verschiedenen Richtpläne äussern, ausser vielleicht zu Gemeinderat Geiges. Wenn Sie tatsächlich im Namen Ihrer Fraktion gesprochen haben, so kann ich Ihnen sagen, dass die verkehrspolitische Wertung mit derjenigen des Stadtrats doch ziemlich weit auseinanderliegt. Wir hatten gestern eine Besprechung, was den Verkehr anbelangt, und wenn ich das so im Ohr habe, ohne Rücksprache genommen zu haben, kommen wir doch etwas zu einer anderen Sicht der Dinge.

Ich gehe noch kurz auf Fragen von Gemeinderat Stricker ein. Sie können davon ausgehen, dass im Langdorf oberirdische Parkplätze wie beispielsweise, um es beim Namen zu nennen, beim Lidl so nicht mehr möglich sein werden. Am regionalen Radweg in Nord-Süd-Richtung oder eben Murgtal wird noch nichts geplant. Wir konzentrieren uns vorerst auf die Fertigstellung des

regionalen Radwegs entlang der Bahn. Ich habe es gesagt, über das angesprochene Mobilitätskonzept hat der Stadtrat gestern zum ersten Mal beraten. Von wegen Einstufung, wie Sie das werten können: dieses kann als Zusammenfassung und Priorisierung verschiedener Richtplan- und Agglomerationsprogramm-massnahmen gesehen werden.

Zur Natur, Neophyten und Biber: Die sind übergeordnet geregelt. Der Naturbereich ist aber, das ist so, der nun am ehesten zu überarbeitende Bereich, nachdem die wesentlichsten Richtpläne, nämlich Siedlung/Verkehr und Energierichtplan auf aktuellem Stand sind.

Die Richtplanung ist eine Übersicht, ein Koordinationsinstrument. Wie wichtig die Richtpläne sind, haben wir im Traktandum vorhin gehört. Offenbar findet jede und jeder darin etwas, was für seine Argumentation verwendet werden kann. Der Bericht soll also nicht realisierte Zielsetzungen aufzeigen und entsprechend ein Nachschlagewerk sein mit Blick in die Zukunft und als Arbeitsinstrument dienen. Somit möchte ich mich für die gute Aufnahme, für die positive Kenntnisnahme und vor allem allen Mitarbeitenden, insbesondere den Verantwortlichen im Amt für Hochbau und Stadtplanung bedanken.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Somit haben wir das Thema Bericht über die Realisierung der Richtplanung per Ende 2014 diskutiert und kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Seite 3 der Botschaft des Stadtrats Nr. 41 vom 10. März 2015.

Abstimmung:

Der Kenntnisnahme des Antrags und somit der Berichterstattung über den Stand der Realisierung der Richtplanung per Ende 2014 wird einstimmig zugestimmt.

209

INTERPELLATION BETREFFEND RECYCLING VON GEMEINDERAT PASCAL FREY

Diskussion

Gemeinderat Pascal Frey: Besten Dank dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation. Ich und wahrscheinlich auch meine Mitunterzeichner hätten aber in einigen Punkten mehr Änderungswille des Stadtrats gewünscht. Unser Abfallreglement wäre eigentlich hervorragend ausgestattet mit dem Satz „Wiederverwertbare Wertstoffe werden recycelt.“, welchen auch der Stadtrat aufgenommen hat. Meiner Meinung nach müssen wir unsere Verhaltensweisen dringend umstellen, damit wir die Ressourcen unserer Erde zumindest etwas schonen können. Dazu muss aber die Infrastruktur vorhanden sein. Diese kann von verschiedenen Anbietern stammen. Schauen wir uns die Themen also einmal an.

Dezentrale Kartonsammlung: Das Sammeln von Karton ist etabliert und wird rege praktiziert. Der gesammelte Karton ist hochwertig und kann leicht wiederverwertet werden. Das Was ist also unbestritten. Es geht nur um das Wie. Und hier bin ich der Meinung, dass es möglich und sinnvoll wäre, die Sammlung zu dezentralisieren. Wohl alle von uns waren schon einmal am

Samstagmorgen bei der Sammelstelle beim Werkhof. Die Szenen dort sind teilweise filmreif und Parkplätze sind oft zu wenige vorhanden. Ein jeder fährt noch kurz eine Zusatzschleife mit seinem Auto, verursacht Stau und manchmal auch Emotionen. Dies könnte mit einer Sammlung umgangen werden. Dass diese nicht mit der Papiersammlung kombiniert werden kann, ist mir durch die jahrelange Mithilfe beim Sammeln sehr wohl bewusst. Darüber müssen wir uns keine Gedanken machen. Eine kombinierte Sammlung mit Kunststoff kann aber meiner Meinung nach gelöst werden. Ich bin der Meinung, dass ein einfacher Lieferwagen mit Blache genügen würde. Wenn damit ein Quartier an einem Tag wie bei der normalen Abfallsammlung abgearbeitet wird, können die eingesetzten Personen die Ladebrücke entsprechend beladen und getrennt entladen. Eine Sammelfrist von zwei Wochen ist meiner Meinung nach ebenfalls möglich und bräuchte keine weitere Entsorgungsmöglichkeit bei der Sammelstelle Werkhof. Wir sprechen hier ja nur von den privaten Kartonsammlungen. Ich persönlich lebe in einem Vierpersonenhaushalt und entsorge den Karton frühestens alle vier Wochen – und das übrigens immer mit dem Velo. Es sind also keine riesigen Mengen. Das Problem mit falschen Kartonsorten und Abfällen in der Sammlung sehe ich ja ein, glaube aber, dass es durch den Benefit, der durch die einfache Entsorgung entsteht, wettgemacht wird. Menschen, die nur mit dem ÖV mobil sind, haben im Moment kaum oder nur unter extrem erschwerten Bedingungen die Möglichkeit, ihren Karton zu entsorgen. Ausserdem kommt vielleicht eher jemand mit dem Velo in die Stadt, wenn er nicht noch zum Entsorgen beim Werkhof vorbei muss und entstopft so unsere Strassen. Diese Überlegungen haben mir in der Antwort gefehlt und ich möchte sie hier dem Stadtrat noch mitgeben.

Sammlung für Getränkekartons (Tetra-Pack): In diesem Punkt bin ich am meisten enttäuscht über die Antwort des Stadtrats. Der Mehrwert ist klar gegeben. Das Sammelsystem ist grundsätzlich vorhanden und trotzdem wird eine Sammlung kategorisch abgelehnt. Verwiesen wird einerseits auf den Verband KVA. Es ist richtig und wichtig, dass man Kompetenzen bündelt und sich nicht jede Gemeinde um alles kümmern muss. Doch wenn sich die KVA gegen ein Recycling wehren, weil es bei ihnen den Brennstoff abgräbt und sie so wenig Einnahmen generieren können, habe ich Mühe damit. Es gibt in diesem Fall den Verein Getränkekartonrecycling Schweiz, dem man das Denken hätte abgeben können. Zur Verfügung gestellt worden wären dann zum Beispiel Bigbags, grosse Säcke also, die nicht mehr als ein oder zwei Quadratmeter Platz brauchen. Die angesprochene nötige Erweiterung wäre also zumindest in einem Anfangsstadium sicher nicht nötig gewesen. Diese Behauptung ist ausserdem gegenläufig zur Theorie, die im Abschnitt vorher aufgestellt wird, dass ein gewisses Volumen vorhanden sein muss, damit sich eine Separatsammlung lohnt. Ausserdem bleibt die gesamte Verarbeitungskette im Thurgau. Die Model AG in Weinfelden hat letzte Woche einen Ausbau der Recyclingkapazität angekündigt. Sie wird 35 Mio. Franken investieren und mit der neuen Anlage die gesamte in der Schweiz anfallende Menge an Getränkekartons verarbeiten können. Ein Recycling wird wohl kommen, ob der Verband KVA das will oder nicht. Und weshalb man nicht auf den in Bewegung setzenden Zug aufspringt und den Frauenfelderinnen und Frauenfeldern eine gute zusätzliche Möglichkeit bietet, kann ich nicht verstehen.

Kunststoffsammlung: Auch hier bin ich wieder nicht der gleichen Meinung wie der Stadtrat. Eine Kunststoffsammlung macht immer Sinn. Dass nur ein Teil der Kunststoffe wiederverwertet werden kann, ist mir bekannt und auch klar. Wenn der Stadtrat aber im Beispiel von Deutschland aufzeigt, dass nur ein Drittel des Kunststoffs wieder eingesammelt wird, halte ich dagegen, dass dies 33 Prozent mehr sind als bei uns. Und hier ist ganz klar: Jeder gesparte Liter Erdöl ist ein guter Liter. Ich denke, hier muss ich keine weiteren Ausführungen machen über Bohrseln etc., Sie kennen diese. Und auch im letzten Jahr waren Forscher am Bodensee unterwegs und haben das Wasser und die Plastikteile untersucht. Auch bei uns werden bereits überall Rückstände ge-

funden. Diese sind zwar im Vergleich zu den Quadratkilometer grossen Kunststoffinseln, die in den Weltmeeren treiben, vergleichsweise gering, aber eben auch vorhanden. Was recycelt wird, landet sicher nicht in der Umwelt. Jedes Kilo Kunststoff, das nicht in der KVA verbrannt werden muss, spart 2,8 Kilo Kohlendioxid ein. Auch wenn die KVAs mit der Abwärme Strom produzieren, ist es sinnlos, diese Energie vorher zu veredeln und als Kunststoff dann zu verbrennen und einfach so zu verpuffen.

Wertstoffbehälter an stark frequentierten Orten: Der Stadtrat hat hier meine Forderung zumindest teilweise erfüllt, auch wenn er bezweifelt, dass die Recyclingquote sich stark steigern lässt. Aber wie vorhin schon gesagt, jeder gesparte Liter Erdöl ist ein guter Liter. So begrüsse ich den offenbar gelungenen Versuch beim Bahnhof und freue mich auf den beim Murg-Auen-Park. Wenn es dann in ein, zwei anderen Parks oder bei Grillstellen spezielle Behälter gibt, so ist meine Idee komplett aufgenommen worden.

Zusammenfassend vermissen ich und unsere Fraktion bei allen Antworten den Innovationsgedanken. Wir hätten uns hier eher den Leitspruch „Frauenfeld packt an“ gewünscht. Langfristig lohnt sich ein Recycling, davon sind wir überzeugt und hoffen, dass das eine oder andere trotzdem noch kommen wird.

Gemeinderat Kurt F. Sieber: Wird ein Antrag auf Diskussion gestellt?

Gemeinderat Pascal Frey: Ich stelle den Antrag auf Diskussion.

Abstimmung:

Dem Antrag auf Diskussion wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Dies sei vorbemerkt: Am besten ist es, Rohstoffe und Verpackungsmaterial zu vermeiden. Ich denke da an den Unsinn, in Frauenfeld in Plastikflaschen abgefülltes stilles Mineralwasser von weit her transportiert zu trinken, ist doch unser fliessendes Wasser ab Hahn absolut einwandfrei. Zudem hat uns Herr Möhl in Arbon beim vorletzten Parlamentariertreffen eindrücklich die ökologischen Vorteile der gut 20 Mal benutzbaren Glasflasche mit Depot für Getränke aufgezeigt. Um zusätzliche Transportfahrten und Verkehrsbelastungen in unserer Stadt zu sparen, sollten sich die Recyclingsammelstellen bei den Eingängen der Einkaufsläden befinden, was bereits jetzt bei einigen Verkaufsstellen recht gut funktioniert. Statt mit leeren Taschen zum Einkaufen zu fahren, kann Mann und Frau gut jedes Mal Recyclingwerkstoffe gleich mitbringen. Immerhin sind diese Stellen zumindest teilbeaufsichtigt. Was noch fehlt, bei der Migros Passage zum Beispiel, sind Schlitzlöcher mindestens für kleinformatige Kartonabfälle. Ein grosser Fortschritt ist bei den Getränkekartons zu verzeichnen, indem diese nun in Weinfelden sinnvoll verwertet werden können. Eine Tatsache ist, dass es viele Haushalte ohne Auto gibt, Tendenz zunehmend. In den urbanen Regionen von Zürich, Basel oder Bern sind es über 50 Prozent der Haushalte. Für diese Leute ist es schwierig, ihr Recyclingmaterial ins RAZ an den Stadtrand zu tragen. Hier kann ein Abholservice weiterhelfen, wie er zum Beispiel in Liestal oder Uster im Rahmen von Sozialprogrammen mit Langzeitarbeitslosen sehr gut funktioniert. In Uster werden einmal monatlich in speziellen 60-Liter-Säcken die Recyclingwertstoffe abgeholt und sortiert. Man muss sich dafür anmelden und pro Sack 10 bezahlen. Für über 75-Jährige und Leute, die aus gesundheitlichen Gründen nicht die Entsorgungsstelle aufsuchen können, ist es gratis. In Liestal werden ganz ökologisch mittels Ve-

lokurier der Hauslieferdienst der Einkäufe und der Abholdienst der Recyclingwerkstoffe kombiniert.

Zum Schluss noch einige Worte zum Plastik: Abgesehen von PET ist das Rezyklieren von Plastik problematisch. Bereits das Grundmaterial, der Kunststoff ist von grosser Vielfalt. Den Kunststoffen werden immer – zum Teil giftige – Additive zugefügt wie Flammschutzmittel, Stabilisatoren, Weichmacher, Pigmente für die Farben und so weiter. Die genaue Zusammensetzung ist zumindest bis heute meist nicht eruierbar. Dazu kommt die Verschmutzung durch Inhaltsreste der Plastikflaschen. Selbst in der Baubranche, wo grosse Mengen relativ sortenreiner Kunststoffabfälle anfallen, gibt es kaum Erfolgsgeschichten mit relevanten Mengen von Recyclingkunststoffen. Hier muss noch einiges geforscht und verbessert werden, und im jetzigen Zeitpunkt muss man genau hinschauen, ob sich das Sammeln lohnt oder ob, wie bis anhin, das Verbrennen in der KVA richtig ist. Denn auch für das Recycling gilt: Die Ökobilanz muss stimmen.

Gemeinderat Ernst Rüsi, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU: Es stellt sich die Frage, ob es dem Interpellanten um das eigentliche Entsorgen des Recyclingguts geht oder um den Transport respektive die Zuführung des Abfalls in die Deponien.

1. Frauenfeld verfügt über drei Abfallentsorgungsdeponien: eine im Werkhof und zwei im Juchgebiet. Diese sind meines Wissens während sechs Tagen pro Woche erreichbar und gut mit Personal bestückt. Zudem kann in der Regel Spezialentsorgungsgut im Geschäft, wo dieses gekauft wurde, auch zurückgeführt werden.
2. Wir gehen davon aus, dass der Transport zur Deponieentsorgung, wie in der stadträtlichen Interpellationsbeantwortung Nr. 58 erwähnt ist, grundsätzlich eine Bringschuld und nicht eine Holschuld ist. Der Transport und die Entsorgungskosten der Wegwerfartikel sollen nach unserem Verständnis nach dem Verursacherprinzip ausgeführt werden. Es ist absolut nicht angebracht, in dieser Hinsicht fremde öffentliche Ressourcen zu binden, da der Transport und die personellen Ressourcen durch die Verwaltung nicht zu unterschätzende Kosten für den Steuerzahler nach sich ziehen würden. Der Abfall, welcher die städtische Kehrichtabfuhr abholt, soll beibehalten werden. Dieser ist von meinem Votum selbstverständlich nicht betroffen.

Gemeinderätin Susanna Dreyer, Referentin der Fraktion CVP/EVP: Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der Stadtrat das Thema Recycling zusammen mit der KVA im Auge behält. Bei uns in Frauenfeld wird zu Hause und bei Unternehmen getrennt gesammelt (Glas, Büchsen, Karton, Kaffeekapseln, Batterien etc.) und an den verschiedenen Sammelstellen in der Stadt entsorgt. Der Abfall wird wöchentlich abgeholt. Das Grüngut in den Sommermonaten einmal pro Woche und im Winter alle zwei Wochen. Die Vereine sammeln einmal im Monat unser Altpapier ein und können damit ihre Kassen füllen. Muss die Stadt auch noch eine Kartonsammlung einführen oder sollten die Vereine diesen zusammen mit dem Papier noch einsammeln? Papier lässt sich gut bündeln, Karton weniger gut. Karton ist leichter als Papier, also bei Windböen fliegt dieser davon etc. Die Firma Hugelshofer hat einen Versuch mit Kartonsammeln wieder abgebrochen, es wurde zu viel Kehricht an den Sammelpunkten deponiert. Statt dass wir mit leeren Taschen zum Einkaufen gehen, nehmen wir unser Leergut gleich mit und entsorgen dieses direkt. Die Grossverteiler Migros und Coop bieten PET- und Plastikflaschensammelcontainer an. Die leeren Batterien sowie CDs können entsorgt werden. Und alles dies noch vor dem Einkaufen. Der Coop und die Tricycling haben einen Pilotversuch gestartet und nehmen zudem die leeren Tetra Paks entgegen. Auf dem Marktplatz hat die Stadt unterirdische Container aufgebaut, die sehr dezent auf dem Platz stehen. Aber Achtung! Besteht hier nicht die Gefahr, dass diese Container missbraucht werden

könnten? Wer alles an einem Ort abgeben möchte, fährt zur Tricycling. Dort kann man wirklich alles entsorgen. Entscheidend ist doch, dass jeder einzelne Einwohner genügend Eigenverantwortung übernehmen und seinen Beitrag zur Umwelt leisten muss. Die Aufgabe der Stadt ist es, genügend Kapazitäten an genügenden und geeigneten Standorten zur Verfügung zu stellen, soweit das für das entsprechende Recyclinggut geeignet ist, und ein gutes Informationssystem zu unterhalten. Ich betone noch einmal: Die Stadt Frauenfeld hat ein gut funktionierendes Abfallentsorgungssystem. Nutzen wir all diese Möglichkeiten. Es ist wie bei allen Prozessen so, dass man Gutes noch intensiver machen kann. Ob das dann aber besser oder optimaler wird? In diesem Sinn erwarten wir, Verbesserungsmöglichkeiten laufend zu prüfen und sinnvolle Ideen schnell umzusetzen. Die Fraktion CVP/EVP ist also einstimmig einverstanden mit der umfassenden und einleuchtenden Beantwortung der Interpellation und dem vorgestellten künftigen Verhalten, laufende Beurteilung zusammen mit der KVA und ggf. Anpassungen. Auch in der Vergangenheit wurde das so gehandhabt. Insbesondere dafür und für die Interpellationsantwort danken wir deshalb dem Stadtrat herzlich.

Stadtrat Urs Müller: Besten Dank für Ihre Voten und die Diskussion. Der Stadtrat ist der Meinung, eine ausgewogene Antwort und auch Lösung für das Problem von wiederverwertbaren Abfällen parat zu haben. Selbstverständlich kann man immer mehr machen. Dabei ist die zentrale Frage zu beantworten, zu welchem Preis dies geschehen soll. Es freut mich, wenn Sie, Gemeinderat Frey, doch in einigen Punkten, welche eigentliche Rahmenbedingungen bilden, mit uns einig sind. Wir kommen aber offensichtlich zu anderen Schlüssen. Wir sind da wieder bei "der Auslegung von Bibel oder Koran".

Zur dezentralen Kartonsammlung: Die "einfache" Kartonabholung ist leider nicht so einfach. Es würde mindestens zwei neue Mitarbeiter und ein Fahrzeug benötigen oder allenfalls ein Abholservice mit einem Beschäftigungsprogramm, wie von Gemeinderat Wildberger erwähnt. Die Mengen wären aber schwierig einzuschätzen. Immer mehr Leute bestellen online, die Waren kommen als Paket mit der Post, da fällt einiges mehr an Karton an, und der Stauraum zu Hause reicht kaum für vier Wochen. Innert Kürze wäre somit Ihr Lieferwagen voll. Der Karton müsste dann irgendwie zur Kartonverwertung kommen. Sie erwähnen Menschen, die nicht so mobil sind. Hier halte ich dagegen, wie es auch von einigen Gemeinderäten jetzt gesagt wurde, dass die Kartonverpackungen ja auch zu den Menschen kommen. Das heisst entweder per Post oder per Einkauf. Und weshalb nicht gleich den Karton zurücknehmen? Übrigens haben wir höchst selten Anfragen zu einer Kartonsammlung beispielsweise von Neuzuzügern.

Getränkkartonsammlung: Hier kann ich Ihre kategorische Ablehnung einer Sammlung nicht nachvollziehen. Ich zitiere aus der Botschaft unten Seite 3: „Sobald der zuständige Verband KVA Thurgau seinen Verbandsgemeinden ein längerfristiges, ökologisch vertretbares Entsorgungskonzept empfiehlt, wird der Stadtrat darauf zurückkommen.“ Wir müssen in solchen Fragen national oder zumindest im Verbandsgebiet zusammenarbeiten. Ein Alleingang macht wenig Sinn. Als ehemaliger Verwaltungsrat der KVA kann ich Ihnen sagen, dass Sie der KVA Unrecht tun. Die KVA ist sehr innovativ und schweizweit immer an vorderster Front bei neuen Entwicklungen mit dabei und stellt sich auch den Herausforderungen. Da halte ich es doch für unangebracht, davon zu reden, die KVA wehre sich gegen ein Recycling. Ich schlage Ihnen, Gemeinderat Frey, einen Besuchstag vor. Gehen Sie einmal vorbei. Sie würden dann auch sehen, dass die Energie der KVA nicht einfach verpufft, sondern eben als Prozesswärme der genannten Model geliefert wird.

Bei der Entsorgungsmöglichkeit von Tetra Paks mache ich es kurz: Da gibt es Entsorgungsmöglichkeiten im Handel. Auf eine reine Ankündigung der Model hin kann man ja nicht einfach eine

Strassensammlung einführen. Heute wird das Material übrigens im Ausland verarbeitet. Aber nochmals: Es gilt, wie in der Antwort geschrieben, die Entwicklungen im Auge zu behalten und das machen wir. In der letzten Zeit waren da ja einige Artikel in der Thurgauer Zeitung. Ich habe da nur drei Artikel, die in der Zeitspanne März bis April erschienen, und auch der "Augenblick", die Zeitschrift der KVA, widmet sich dem Thema Getränkekartons.

Kunststoffsammlung: Hier gehe ich nicht auf Vergleiche mit Bohrinseln und Plastikverschmutzung ein, sondern wir diskutieren ja darüber, ob Frauenfeld zusätzliche Sammlungen einführen soll. Wir werden damit die Welt leider nicht verbessern können. Das haben wir auch schon in einem Traktandum vorhin gehört. Beim Kunststoff ist zurzeit noch unsicher, welches System sich durchsetzen wird. Die gemischte Sammlung wie beispielsweise in Amlikon-Bissegg, wo ein Abfallgemisch nachher in der Sortieranlage in einen Anteil zur stofflichen Verwertung und einen Rest zur Verbrennung aufgetrennt wird, oder eben der andere Ansatz, die Trennung direkt an der Quelle. Es muss also zuerst Klarheit über solche Rahmenbedingungen bestehen, und der Handel, welcher die Verpackungen in Umlauf bringt, darf nicht aus der Pflicht entlassen werden. Werkstoffbehälter an stark frequentierten Orten: Dieser Versuch läuft und wird wie beschrieben auf den Murg-Auen-Park ausgedehnt.

Alles in allem also: Der Stadtrat ist der Meinung, eine gut akzeptierte und ausgewogene Lösung in Frauenfeld anzubieten. Und nicht zu vergessen: Das Abfallreglement wurde erst vor kurzem überarbeitet, in diesem Rat beschlossen und der Recyclingtarif gesenkt.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 20. Mai 2015 um 17 Uhr statt. Haupttraktandum ist die Rechnung 2014.

Die Gemeinderäte Michel Hodel und Stefan Geiges haben die Interpellation Solarstrom für die Erzeugung von Wasserstoff und Methangas mit 16 Mitunterzeichnenden beim Gemeinderatspräsidium eingereicht. Diese wird dem Stadtrat zur Beantwortung übergeben.

Sie konnten schon die ganze Sitzung hindurch den Wanderpreis Volleyball sehen. Da der Gemeinderat das Turnier in der Rüegerholzhalle gewonnen hat, steht dieser Wanderpreis jetzt hier im Saal. Ich gratuliere der Mannschaft Gemeinderat zum Sieg.

Mein Dank geht an Sie für Ihre grosse Diskussionsfreudigkeit, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck und Beat Dürger und Team für die Bestuhlung in diesem ehrwürdigen Ratssaal.

Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und ich wünsche eine gute Heimkehr.

- - -

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

* * *

